

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Besätze Die Neue Welt): Hans Marckwald, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Oskar Harbaum, Magdeburg. Druck von Franz Wetzig, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1567. Redaktion: Gr. Mühlstraße 5, Fernsprecher 961.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Preis für den Einzelheft beträgt 2 Pf. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2 Mk. 25 Pf. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntags- und Feiertagsnummern 10 Pf. — Inzerationsgebühr die sich geltend machende Zeitzeile 15 Pf. Post-Zeitungsliste Nr. 6182

Nr. 127.

Magdeburg, Donnerstag den 4. Juni 1903.

14. Jahrgang.

Die Bürgertum — die Sozialdemokratie!

Wp. Noch nie haben die bürgerlichen Parteien so unwillig den Wahlkampf geführt, wie diesmal. Es ist kein Zug in ihrer Agitation, es fehlt jede Munterkeit, jede Kampfesfreude. Sie machen es mit, weil sie es müssen. Der Kampf ist ihnen aufgezwungen, sie mögen ihn nicht, am liebsten hätten sie ihn für immer abgeschafft. Kein Wunder: alle ihre Schlagworte sind verbraucht und sie haben nicht einmal selbst mehr den Glauben an ihre Ideen, die sie vertreten. Was unterscheidet sie denn noch voneinander? Wofür kämpfen sie?

Nachdem die katholischen Bischöfe wieder in ihre Pflichten eingesetzt worden sind, hat das Zentrum mit seinen Freunden mit der Regierung geschlossen. Es macht Propaganda für die Regierung, die es jahrzehntlang bekämpft hatte. Es macht Propaganda für Flotten- und Armeerüstungen, für Zölle und Verbrauchssteuern, gegen die es jahrzehntlang die Massen in Bewegung setzte. Wie kann es sich da noch als die Partei des bedrängten Katholizismus aufspielen? Sein einziges Material für ultramontane Propaganda ist nur noch die nationale liberale Presse. Diese sucht den konfessionellen Streit mit aller Macht anzufachen, weil sie ihn braucht, um die Hohlheit des deutschen Liberalismus zu verdeutlichen. Die Ultramontanen und die Kulturkämpfer, sie leben nur noch von ihrem gegenseitigen Geßanz. Kein Mensch glaubt, daß es ihnen Ernst ist, kein Mensch hört auf das Gekeife.

Der ideologische Aufpuß ist abgebrockelt wie schlechter Mörtel. Ganz nackt liegen die materiellen Interessen der bürgerlichen Parteien vor dem nüchternen Tageslicht, und die Arbeiter sehen, daß diese Interessen jedenfalls — nicht die ihrigen sind. Keine Vertuschungskünste helfen mehr. Die bürgerlichen Parteien haben so oft ihre Wähler hintergangen, daß sie keinen Glauben mehr beanspruchen können. Alle Punkte der Lüge und Verstellung versagen vor der brutalen Wahrheit der Tatsachen. Darum vertragen es denn auch die bürgerlichen Parteien diesmal weniger denn je, wenn Sozialdemokraten in ihren Versammlungen auftreten.

Allen voran ist es der Freisinn, der außer Band und Rand gerät über den „sozialdemokratischen Terrorismus“. Tatsache ist, daß keine Partei es so wenig verträgt, daß man ihr öffentlich einen Spiegel vorhält, wie der Freisinn, denn keine bewegt sich in solchen Widersprüchen, keine hat eine derartige Entwicklung nach rückwärts durchgemacht, wie der Freisinn. Die Konservativen geben sich wenigstens von vornherein als Reaktionäre, sie sagen: „Wir sind die Herren der Welt, wir haben das Kommando, das Volk hat zu beten und zu arbeiten und den Rücken zu krümmen, wenn wir den Fuß darauf setzen wollen.“ Es gibt nicht viel Arbeiter, die jemals aus Ueberzeugung konservativ gewählt haben, die meisten konservativen Wähler folgen einfach dem Zwang, dem Befehl des Gutsheeren, von dem sie abhängig sind. Da kann es keine Enttäuschung geben, da weiß man, woran man ist. Die Freisinnigen aber traten als Volkspartei, als die radikalste Linke auf, — wie haben sie es vor kurzem über die Wesel auf die Nationalliberalen hinüber, — und wodurch unterscheiden sie sich jetzt von diesen? Höchstens durch die Marke, denn in Wahrheit besorgen die einen wie die andern die Geschäfte der Regierung, und beide haben den gleichen Widerwillen gegen die Demokratie, die sie zu verzerren vorhaben. Wenn man nun dem Freisinn vor seinen eigenen Wählern vorhält, was er war und was er geworden ist, so muß das den freisinnigen Hauptlingen allerdings auf die Nerven schlagen.

Am nun der heimlichen Auseinandersetzung, mit den Sozialdemokraten sich zu entziehen, erklären die bürgerlichen Parteien, vom Freisinn bis zu den Agrariern, Sozialdemokraten in ihre Versammlungen nicht mehr hineinlassen zu wollen. Nun werden sie ihren Wählern das Blaue vom Himmel vorführen können, ohne auf der Stelle als Lügner und Betrüger festgenagelt zu werden. Ob die Wähler ein Interesse daran haben werden, in Versammlungen das ein Interesse daran haben werden, ist eine Frage für sich. Was interessiert ein anderes. Wenn die bürgerlichen Parteien jede Diskussion mit der Sozialdemokratie verweigern, so geben sie es mindestens auf, die zweieinviertel Millionen sozialdemokratischen Wähler für sich wieder zu gewinnen. Das bedeutet den endgültigen Verzicht der bürgerlichen Parteien auf die Arbeitererschaft!

Die Bürgertum — die Sozialdemokratie. Die bürgerlichen Parteien wollen nichts mehr mit den Arbeitern zu tun haben, sie appellieren nur noch an die besitzenden Massen. Aber die Millionen Arbeiterstimmen fallen bei den Wahlen dennoch ins Gewicht — wie wird man es damit halten? Da braucht man sich nicht den Kopf zu zerbrechen, die Monarchen; ist klar: da die bürgerlichen Parteien auf die Wahlstimmen der

Arbeiter verzichten, so werden sie darauf hinarbeiten, den Arbeitern das Wahlrecht zu entziehen!

Die bürgerlichen Parteien sind nicht nur des Wahlkampfes, sie sind des allgemeinen gleichen Wahlrechts müde. Sie würden es sich herzlich gern nehmen lassen — sie würden es, wenn nicht anders, der Regierung vor die Füße schmeißen.

Die Regierung aber spielt diesmal den indifferenten Zuschauer. Sie hat eine Freude daran, daß die Parteien sich diskreditieren — um so leichter bekommt sie sie dann in die Hand. Sie wird das allgemeine Wahlrecht einpacken und dabei noch den Parteien, die es ihr zum Präsent machen, einen tüchtigen Fußtritt versetzen.

Arbeiter, wollt ihr euer Wahlrecht ausliefern? Wollt ihr euch eurer politischen Rechte berauben lassen?

Wenn nicht, dann sorgt für die Wahlen! Sorgt dafür, daß keiner am Wahltage fehle!

Jetzt mehr denn je muß es sich der Arbeiter überlegen, wenn er wähle — denn es ist vielleicht das letzte Mal, daß er wählt!

Arbeiter, sammelt euch, vereint euch — alle Welt hat sich verschworen gegen euch!

Wählt eure eigenen Vertreter, wählt Sozialdemokraten! Schickt in den Reichstag eine geschlossene Phalanx, die eure Interessen mit Mut und Selbstaufopferung vertritt!

Aber vergeßt nicht, daß es dann noch immer, in letzter Linie auf euch ankommt! Ihr werdet den entscheidenden, den großen Kampf selbst auszukämpfen haben, keiner kann es für euch tun, und ihr werdet dabei eure Existenz riskieren! Vorwärts! zur Wahl! zum Kampf! —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 3. Juni 1903.

Vom lustigen Leben Sr. Hoheit des Mörders.

Als Antwort auf die belanglosen Entschuldigungen der „Nordd. Allg. Ztg.“ zum Fall Arenberg veröffentlicht die „Sannov. Allg. Ztg.“ jetzt folgenden recht lehrreichen Artikel:

Diese amtliche Auslassung bringt nichts, was nicht schon bekannt und von uns misgerichtet wäre. Daß der Prinz ermündigt wurde, daß behauptet wird, er sei bereits bei Begehung des Mordes geisteskrank gewesen, ist eine Behauptung, die auch durch die amtliche Wiederholung in der „Nordd. Allg. Ztg.“ eben nichts bleibt, als eine Behauptung. Wir stellen dieser Behauptung die andre entgegen, daß der Prinz nicht geisteskrank ist. Heute fügen wir noch hinzu, daß wir auch die Ueberzeugung haben, Prinz Arenberg sei während seines Aufenthalts im Spital ebenjowenig geisteskrank gewesen. Wenn die Behauptung, die Prinz Arenberg an den Tag legte, geisteskrankheit war, so muß er schon, so lange wie sein Vorleben zurückverfolgen können, geisteskrank gewesen sein. Denn schon in seiner Kindheit ist der Prinz in der Kaiserlichen Militärakademie bestanden seine Kameraden wenig von ihm, weil er durch seine Unachtsamkeit die Kameraden mehrere Male verletzt hat. In Münster hieß es damals: „Der Arenberger ist ein Viech, wenn er voll ist.“ Seine Vorleben soll er oft nachts aus dem Bette gelacht und auf dem Hof mit der Schelle verfahren haben. Mehrfach hat er an Kränzen teilgenommen, die er in keine Wohnung mitnahm und mißhandelte. Sogar während der letzten Jahre. Er war mit einer Sekundärkrise behaftet, die innere Verlegungen am Unterleib beizubringen haben. Der Kaiser spielte eine große Rolle in seinem Tagesprogramm, und er nicht wie behauptet ist, das Delirium gelacht haben, wenn er sich so viel tranken konnte. Sogar seine Worte mißhandelte der Kaiseroffizier ohne Not, denn seine Reden trugen die Stunden. Diese brutalen Instinkte und seine maßlose Ueberhebung bilden auch heute noch den Grundton seines Charakters. Selbst im Gefängnis nahm er die von uns geschätzten Gelegenheiten als etwas ihm Gebührendes hin. Vorzeichen für sein Unvermögen im Gefängnis ist, daß er Reden, die amtlich den zu unbräutlichen, harsch ansetzt, weil sie auf „seinem“ Betteden waren. So weit die angebliche Geisteskrankheit.

Unter diesen Umständen ist es bezeichnend, daß der vormalige Patron nichtdeutscher Arbeiter als „Militärtrüger“ und „Held des Christentums“ nach Afrika geschickt wurde.

Selbst konservative Blätter sind mit den Vorformulierungen in Hannover nicht einverstanden. So vergleicht z. B. die „Elbinger Ztg.“ die Behandlung des Prinzen mit der armen Straßknecht in Gefängnissen oft zugefügten Strafen des Straßknechts und bemerkt: „Damit vergleiche man denn die zarte Beförderung vor einer gesundheitlichen Schädigung des Prinz-Mörders „durch eine vollständige Entziehung des Tabaks“. Hier scheint im Gegensatz zu dem Wunderrichter der „Standpunkt eines Hausarztes“ maßgebend zu werden, welcher seinem in Freiheit befindlichen Patienten die entsprechende Lebensordnung vorzuschreiben hat“. Auch die konservative „Deutsche Tageszeitung“ äußert: „Man wird nicht

behaupten können, daß diese offiziöse Darlegung geeignet ist, die Beunruhigung, welche die Melbung über die Behandlung, die Prinz Prosper Arenberg im Gefängnis genossen, hervorgerufen hat, zu entkräften.“

Das deutsche Volk wird sich am 16. Juni des Falles Arenberg erinnern. —

Noch einmal die polnischen Versammlungen.

Offizielle Blätter haben jetzt eine dumme Ausrede für die empörende Auflösung polnischer Versammlungen wegen des Gebrauchs der polnischen Sprache gefunden. Diese Zeitungen befehlen uns, bisher habe das Ober-Verwaltungsgericht nur entschieden gehabt, in dem östlichen Teile der Monarchie darf in Versammlungen polnisch gesprochen werden; daß dies auch im westlichen Teile von Preußen zulässig sei, wäre erst eine neue Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts.

Das Blatt der rheinisch-westfälischen Großindustrie, die „Rhein.-Westf. Ztg.“ erklärt dazu:

Trifft diese Nachricht zu, und hat damit tatsächlich das Ober-Verwaltungsgericht auch für Rheinland und Westfalen die Aufhebung einer politischen Versammlung wegen des Gebrauchs der polnischen Sprache als nicht zu Recht bestehend erklärt, so ist das für uns von allergrößter Bedeutung. Keinen die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen nicht aus, um, so ist es unter allen Umständen die höchste Zeit, für eine Abänderung dieser bestehenden gesetzlichen Bestimmungen Sorge zu tragen! Die preussische Regierung hat seitens der Landesregierung bei der Erörterung dieser Frage einmal zugesagt, den Erlaß eines besonderen Sprachengesetzes in Erwägung ziehen zu wollen. Diese Erwägungen werden nach dieser Entscheidung hoffentlich nicht zu lange dauern und können denn selbstverständlich zu keinem andern Schluß kommen, als daß für die nicht östlichen Teile der preussischen Monarchie die Polizei unbedingt die Befugnis erhält, wegen des Gebrauchs einer nicht-deutschen Sprache eine politische Versammlung aufzulösen. Oder sollen wir etwa ergeugene sein, uns überall polnisch sprechende preussische Polizeikommissare zu halten, um die Gesetze der polnischen Literatur gegen den preussisch-deutschen Staat zu überwachen? Die kein anderer Teil der Monarchie ist der überauswichtigen Industrie an dieser Frage interessiert. Hier gilt es Wandel zu schaffen, und zwar bald! Darum muß sofort in der nächsten Session des Landtages das nötige Gesetz gefaßt werden.

Im preussischen Landtage ist es nicht ausgeschlossen, daß durch gemäßigtere Gesetze ein Geleis zu Stande kommen kann, durch welches den polnischen Staatsbürgern ihr heiliges Wahlrecht, sich in ihrer Muttersprache in Versammlungen auszusprechen, gesichert wird. Besonders schmerzhaft würde ein solches Ausnahmengesetz bei Wahlen im Osten, bei denen es gilt, die polnischen Arbeiter von der notwendigen Arbeit gegen den Widerstand des Unverschämten zu befreien. —

Ein Zwischenfall an der Grenze von Marokko.

Bei der Rückkehr des Generalgouverneurs von Tunesien nach dem Sonntag an der marokkanisch-afrikanischen Grenze bei der Höhe von ... (Text ist hier teilweise unlesbar) ...

Der Generalgouverneur ... (Text ist hier teilweise unlesbar) ...

Die ... (Text ist hier teilweise unlesbar) ...

Die ... (Text ist hier teilweise unlesbar) ...

Zur Situation im Kreise Oßersleben-Halberstadt-Wernigerode.

„Wählt nicht Förster, sonst steigt der Sozialdemokrat Bartels!“ Eine originelle Parole! Und doch: die reaktionären Macher rufen es den Bauern und Arbeitern jetzt täglich zu. Man fühlt, daß noch ein Teil der von den Bündlern mit dem 7^{1/2} Mark-Zoll verhehten Bauern geneigt ist, den Bündler Förster zu wählen. In der Stichwahl müßten dann (um ihrer selbst nicht unferntwillen!) die ca. 4000 Freisinnigen für den Sozialdemokraten stimmen, und das Fiasko der Hahn-Wangenheim wäre komplett. Wohl ist auch der nationalliberale Kandidat Rimpau ebenjenseitig und zollfreundlich, allein mit dem Unterschiebe, daß er das Patent und damit den Segen des Bundes nicht hat. Beide Kandidaten — die Freisinnigen stellten als Zählkandidaten einen Herrn Dr. Schneider-Potsdam auf — sehen zu ihrem Schrecken, wie die Sozialdemokratie mehr und mehr drohend ihr Haupt erhebt. Gibt es doch wohl kaum einen zweiten Kreis, in dem der Aufschwung der Sozialdemokratie seit 1874 eine so gesunde und rapide Entwicklung aufzuweisen hat! Von 1874 bis 1898 stiegen unsere Stimmen von 778 auf 11 262!

Und das, obwohl der Kreis ein vorwiegend ländlicher ist! Gehören doch zu ihm folgende Haupt-Ortschaften: Oßersleben, Gröningen, Wegeleben, Schwanebeck, Crippenstedt, Hornhausen, Hamersleben, Badersleben, Dingelstedt am Hun, Debeleben, Eilenstedt, Schlanstedt, Halberstadt, Osterwieck, Derenburg, Hornburg, Dardeshheim, Wernigerode, Hlenburg (Flecken), Hasserode-Friedrichsthal etc.

Seit 1871 ist der Kreis eine der sichersten Domänen der Nationalliberalen gewesen. Aber wie folgende Aufstellung beweist, hat das die längste Zeit gedauert. Es erhielten Stimmen:

Jahr	Konf.	Republ.	Lib. R.	Natl.	Frisch	Drs.	SP	Str.	Soz.	Ant.
1871	5003	—	5269	—	—	—	—	—	—	—
74	331	—	9679	—	2447	—	—	—	778	—
77	916	—	—	8313	855	—	—	—	1376	—
78	4448	—	—	12647	—	—	—	296	1916	—
81	3882	—	—	6421	—	—	—	—	3195	—
Stichw.	4673	—	—	9064	—	—	—	—	—	—
84	—	4984	—	5416	—	132	—	305	3924	—
Stichw.	—	6222	—	8056	—	—	—	—	—	—
87	—	—	—	21481	—	139	—	170	3164	—
Stichw.	—	5396	—	5088	—	1561	—	—	3035	—
89	—	6939	—	6322	—	—	—	—	—	—
Stichw.	—	7317	—	7776	—	—	—	—	—	—
90	—	10020	—	11097	—	4707	—	171	6387	—
Stichw.	—	—	—	10028	—	—	—	—	—	—
93	5927	—	—	18154	—	—	2111	175	9881	299
Stichw.	—	—	—	7815	—	—	—	—	10295	—
98	—	4134	—	7815	—	—	4102	214	11262	1554
Stichw.	—	—	—	17050	—	—	—	—	13434	—

Wie man sieht, war bei der letzten Wahl der Sieg der Nationalliberalen nur noch einmal möglich, weil die Reichspartei, Freisinnigen und Antisemiten in der Stichwahl geschlossen gegen uns stimmten. Diesmal sind die Nationalliberalen, die Rimpau wieder aufgestellt haben, auf sich allein angewiesen. Ihre Verlegenheit ist daher groß und ihre obige Parole sehr begründlich. Der Kreis ist von 1871—89 vom Staatsminister a. D. v. Bernuth = Berlin,

von 1889—90 von dem Bürgermeister a. D. John Osterwieck und von 1890 bis jetzt vom Gerichtsassessor H. Rimpau vertreten gewesen. (H. ist geboren am 23. Mai in Schlanstedt, Kreis Oßersleben, war einige Zeit Referendar in Wernigerode und ist jetzt Rittergutsbesitzer in Emersleben. Nationalliberal.)

Wiederholt bezeichnete der Herr das Reichstagsmandat als eine schwere Last, weshalb unsere Genossen eifrig dabei sind, dem Herrn seinen Lebensabend durch Abnahme dieser Last zu verschönern. Als erfreuliche Tatsache muß konstatiert werden, daß die Sozialdemokratie selbst in den rein ländlichen Gegenden immer mehr Anhänger findet. Dazu kommt, daß ein großer Teil der Wähler mit der Tätigkeit des bisherigen Abgeordneten ganz und gar nicht zufrieden ist, daß sie lebhaft klagen über die Last der Steuern und Zölle, die ihnen durch die Herrschaft der Nationalliberalen aufgeschuldet worden ist. Die Aussichten, diesmal endlich den Kreis für uns zu erobern, sind sonach sehr günstig. Wenn man uns auch auf dem Lande die Säle verweigert und versucht uns mundtot zu machen, so ist der allseitige Fortschritt doch unverkennbar. Das spornt auch unsere Genossen zu regster Tätigkeit an. Trotzdem ist noch viel Arbeit zu verrichten, aber der Sieg winkt und da geht sie leicht von statten. Am 16. Juni muß der Kreis unser sein. Parteigenossen, tut Eure Pflicht! Sorgt dafür, daß gewählt wird der schlichte Mann aus der Malerwerkstatt

Albert Bartels = Wernigerode!

Reichstagswahlbewegung.

* Soll man in den Versammlungen rauchen? Wenn man auch selbst Raucher ist — so wird dem „Volksblatt für Anhalt“ geschrieben und wir stimmen dem zu — so kann es doch unmöglich ein Genuß sein, diesen dicken, blauen Tabakqualm, wie er jetzt in Versammlungslokalen zu haben ist, einzusatmen. Ist es nun nicht möglich, die Lokale derart zu ventilieren, daß die Luft einigermaßen genießbar wird, so möge man sich doch während der Dauer einer Versammlung einen kleinen Zwang auferlegen und möglichst wenig oder gar nicht rauchen. Es wird manchem der Aufenthalt in den Versammlungen durch das Rauchen sehr verleidet, und allein schon aus Rücksicht auf den Redner oder gar die Rednerin müßte man das Rauchen unterlassen!

* Gesehensmündig in Stiegelitz bei Burg. Im Briefkasten der „Frei. Zig.“ lesen wir: „St. bei Burg, Regierungsbezirk Magdeburg. Mit Unrecht hat der Gemeindevorsteher in Stiegelitz die Empfänger von Invalidenrenten aus der Wählerliste fortgelassen als Empfänger von Armenunterstützung. Die Invalidenrente ist keine Armenunterstützung, sondern ein wohlverbordener Rechtsanspruch. Man sollte meinen, daß der Landrat dort Veranlassung hätte, so unangenehme Gemeindevorsteher eines Besseren zu belehren. Der betreffende Gemeindevorsteher hat auf diese Weise nicht weniger als fünf Empfänger von Invalidenrenten aus der Wählerliste fortgelassen und soll außerdem noch zehn Berechtigte nicht aufgenommen haben. Man ersieht auch daraus, wie notwendig es ist, die Wählerlisten rechtzeitig nach Abschriften zu kontrollieren.“

* „Nationale“ im Kreise Halberstadt. Für den Unfug, der mit dem Worte national gerieben wird, liefert der Wahlkampf im Wahlkreise Halberstadt-Oßersleben-Wernigerode ein recht bezeichnendes Beispiel. Dort kämpft für den Antisemiten Förster gegen den nationalliberalen Abg. Rimpau ein „Wahlaußschuß der vereinigten nationalen Mittelstandsgruppen“.

* Wahlkreis Salze-Oßersleben, 30. Mai. (Zur Vorgeschichte der Hunnenjagd.) Uns wird aus Alten geschrieben: Wie Herr Blade über den Grundhaß „gleiches Recht für alle“ denkt, und wie er ihn auch bürgerlichen Parteien gegenüber zum Ausdruck bringt, hat er u. a. in der unter dem Namen „Hunnenjagd“ betitelten, von uns bereits mehrfach zitierten Versammlung bewiesen. Die Einberufer der Versammlung wurden in „vertraulichen Schreiben“, die an die Ortschulzen in der näheren und weiteren Umgebung gerichtet waren, verleumdet und verdächtigt, mit uns einen Pakt geschlossen zu haben. Die Bauern und Junker waren zusammengetrommelt worden, um die Leitung der von freisinniger Seite anberaumten Versammlung durch Majoritätsbeschluß den Freisinnigen zu entwinden. Herr Blade hat aus dieser beabsichtigten Vergewaltigungstaktik auch gar kein Hehl gemacht, obwohl ihm als talentvollem Politiker doch bekannt sein mußte, daß nach einer Reichsgerichtsentscheidung, der Einberufer der Versammlung berechtigter Inhaber des Saales ist.“

Den höchsten Grad von Selbstbewußtsein erreichte Herr Blade dadurch, daß er vor Eröffnung der Versammlung, ohne daß ihn der Vorstehende der Freisinnigen Volkspartei daran hindern konnte, auf die Bühne trat und die Einberufer der Versammlung aufforderte, aufzutreten, damit er sehe, wer alles hinter dem „Auskuß“ stehe. Herr Dr. Pfeil-Schneider bezeichnete dieses merkwürdige Auftreten des Landwehrajors d. H. Blade damals als „parlamentarisches Novum“. Verdient hätte der Major, daß man ihn rechtzeitig hinausgewiesen hätte. Dann wäre wahrscheinlich auch das spätere hunnenartige Wutgeheul unterblieben und die sogenannte „staatsbehaltende“, dort verammelte Elite-Truppe Blades hätte sich einmal weniger blamiert.

* Kreis Stendal-Osterburg. Am Sonntag fand in der Scheune des Genossen Prehm in Osterburg eine von 400 Personen besuchte Wähler-Versammlung statt. Herr Hünburg, der konserverbative Kandidat des Kreises, war zu dieser Versammlung per eingeschriebenen Brief eingeladen worden. Seine briefliche Antwort auf die Einladung mag hier folgen:

Hohenzahren, den 30. Mai 1903, Herrn Philipp Wrage

Stendal.

Ihrer freundlichen Einladung, die ich jedoch von Osterburg hierher nachgejandt erhielt, werde ich nicht nachkommen, weil ich

1. in den Pfingsttagen aus meinem Wahlkreise abwesend bin und mit meiner Familie etwas anderes vor habe;
2. das Pfingstfest überhaupt nicht für geeignet zu politischen Wähler-Versammlungen halte;
3. eine Einladung eines Sozialdemokraten oder einer sozialdemokratischen Vereinigung grundsätzlich niemals annehme.

Sodann habe ich noch zu bemerken: In dem der Einladung beigefügten Aufruf an die Wähler von Osterburg und Umgebung heißt es, ich hätte Geheben gegen die um Erlösung ringende Arbeiterklasse gehalten. Das ist eine grobe Unwahrheit. Ich habe noch niemals in irgend einer Rede irgend etwas gegen den Arbeiterstand gesagt.

Ergebenst

Hünburg,

Unisgerichtsrat in Osterburg.

Der Genosse Bender hielt dann in einem zweifelhafigen Reichrat, das wiederholt durch härmlichen Weisfall unterbrochen wurde, eine gründliche Abrechnung mit den Konserverativen, die in den letzten fünf Jahren eine Politik der schamlosesten Volkswahnsinnigkeit und Volksverhöhnung betrieben haben. Einmütiger Beifall lohnte den Redner für seine trefflichen Ausführungen. Nachdem noch der Genosse Müller aus Osterburg in der Diskussion sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärte und zur eifrigen Wahlarbeit aufgefordert hatte, wurde die Versammlung mit einem brausenden Hoch auf die deutsche Sozialdemokratie geschlossen.

Fenilleton.

Nachdruck verboten.

Kenilworth.

Roman von Walter Scott.

Das dem Englischen überf. von E. von Sodenhausen, durchgesehen und bearbeitet von S. Federjani-Weber.

(140. Fortsetzung.)

Treffilian versuchte noch einmal zur Königin zu sprechen, aber Raleigh, dem erhaltenen Befehl gehorjam, verhinderte es und führte ihn mit Blounts Beistand halb gewaltsam aus dem Audienzsaal; Treffilian selbst begann inzwischen einzusehen, daß seine Gegenwart dort seiner Angelegenheit mehr Schaden wie Vorteil bringe.

Als sie im Vorzimmer ankamen, hat Raleigh Blount, Treffilian sicher in die, für die Anhänger des Grafen Suffey bestimmten Gemächer zu führen, und wenn es nötig sei, jemand als Wache bei ihm zu lassen.

„Diese heftige Leidenschaft und wie es scheint, die Nachricht von der Krankheit der Lady, hat seinen glänzenden Verstand ganz erschüttert. Es wird aber vorübergehen, wenn er sich ruhig hält. Laß ihn nur um keinen Preis heraus, denn er ist schon sehr in die Ungnade der Königin gefallen und sollte sie aufs neue gereizt werden, so würde sie ein schleichendes Gefängnis und strengere Wächter für ihn finden.“

„Ich wüßte, daß er toll sei, als ich ihn in den verdammten Stiefeln sah, die der Königin Kate so sehr beleidigten.“ sagte Nikolaus Blount, auf seine eigenen karmesinroten Strümpfe und gelben Schuhspitzen blickend. „Ich will ihn unterbringen und dann gleich zurückkommen. Aber, Walter, hat die Königin nicht gefragt, wer ich sei? Mich dünkt, sie darf mit einem Blick zu.“

„Zwanzig — zwanzig Blide warf sie Dir zu und ich sagte ihr, daß Du ein guter Soldat seist und ein . . . Aber, im Gotteswillen, bring Treffilian fort.“

„Gleich — gleich,“ erwiderte Blount; „aber mit deucht, dies Hofleben ist so übel nicht. Wir werden unter Glück machen, mein guter Walter. Du sagtest, ich sei ein braver Soldat, und ein — Was dann noch mehr, liebster Walter?“

„Ein ganz unaussprechlicher Stockfiß, gehe, um's Simmelswillen!“

Treffilian folgte ohne weitem Widerstand nach Erklärung Blount nach Raleighs Wohnung oder ließ es vielmehr geschehen, daß man ihn dorthin und in ein kleines Kollbett brachte, welches in einem Nebenzimmer zum Gebrauch des Dieners aufgestellt war. Er sah nur zu gut ein, daß keine Vorstellungen ihm die Hilfe oder Teilnahme seiner Freunde gewinnen konnten, ehe die Zeit, während deren er versprochen hatte, nicht zu handeln, verfloßen sei. Erst dann war er im Stande, seinen Freunden zu entschulden, oder er hatte keinen Wunsch nach Veranlassung mehr, sich weiter um Amos Schidial einzumischen, wenn sie sich nämlich mit ihrem Gemahl wieder verlobt hätte.

Mit großer Mühe und nur durch die größte Sanftmut und Geduld gelang es ihm, Blount zu bewegen, ihm die Kränkung und Unannehmlichkeit zu erproben, was von Suffey kräftigen Trabanten als Wächter in seinem Zimmer zu haben. Endlich willigte Sir Nikolaus ein. Nachdem er den Stiefeln ein paar tüchtige Stöße versetzt und sie herzlich als die Ursache der Krankheit seines Freundes verflucht hatte, begnügte er sich mit der milderen Maßregel, die Tür hinter dem unglücklichen Treffilian zu verschließen, dessen unangenehmstes und schmerzhaftes Vorhaben, ein Weib zu retten, die ihm mit Undank behandelte, ihm bis jetzt nur die Ungnade seiner Monarchin und die Ueberzeugung seiner Freunde, daß er eigentlich verrückt sei, eingebracht hatte.

Zweiunddreißigstes Kapitel.

Der weisse Monarch kann irren wie ein Kind. Und königliche Hand legt oft das Schwert zum Ritterkoll auf des Unwürdigen Nacken. Dem Brandmal von des Genkers Hand geziennte Die Könige tun ihr Bestes — sie und jeder Muß für die Absicht einsehen, nicht für den Erfolg.

Alles Schauspiel.

„Es ist ein trauriger Anblick,“ sprach die Königin, als Treffilian sich zurückgezogen hatte. „den Verstand eines weisen und gelehrten Mannes auf so klägliche Weise gehort zu sehen. Dieser öffentliche Beweis seiner Verstandesverrückung macht uns aber gewiß, daß seine Anklage und die von ihm behauptete Sache richtig sind und wir erinnern uns darum,“

Lord Leicester, Curer trauern Bitte zu Gunsten Cures treuen Dieners Varnen, dessen gute Dienste und Ergebenheit, wenn sie Euch nützlich sind, von Uns belohnt werden müssen, da Uns bekannt ist, wie sehr Ewre Herrlichkeit und alles, was Euch angeht, Unserm Dienst ergeben ist. Wir wollen Varnen umso mehr diese Ehre erwiesen, da Wir ein Geis unter Curer Herrlichkeit Daß sind, der, wie Wir fürchten, Euch viel Last und Unruhe macht; auch wollen wir den guten alten Ritter von Devon gern zurückden lassen, dessen Tochter er geheiratet hat und Wir hoffen, daß dies außerordentliche Zeichen Unserer Gnade, welches Wir demselben vorlesen wollen, ihm mit seinem Schwiegerjohn ausbleiben wird. Curer Schwert, Mylord Leicester.“

Der Graf Wite sein Schwert vom Gürtel, sagte es an der Spitze und reichte den Griff der Königin hin, sich auf ein Knie niederlassend.

Sie ergriff es langsam, zog es aus der Scheide, und während die Damen um sie her mit reichlichem oder erzwungenem Schauer sich abwandern, betrachtete sie mit aufmerksamen Blicken die seine Wolke und die reich damaszieren Verzierungen der beherrschenden Klinge.

„Wäre ich ein Mann,“ sagte sie, „so hätte, glaube ich, keiner meiner Vorfahren ein gutes Schwert mehr geliebt, als ich; doch auch als Weib mag ich gern eine solche Spiegelhals Klinge schauen, und könnte wie die Fee, von der ich in unkenntlichen Versen gelesen habe — war mein Vater Harrington hier, so könnte er sie mir hergeben — Daar und Redung vor jedem Spiegel ordnen. Richard Varnen, komm und knie nieder. Im Namen Gottes und des heiligen Georg, belegen Wir Dich zum Ritter! Sei treu, tapfer und glückselig! Steht auf, Sir Richard Varnen.“

Varnen stand auf und zog sich zurück, nachdem er der Monarchin, die ihm so viel Ehre erwies, mit einer tiefen Verbeugung gedankt hatte.

„Das Ueberreichen des Schwerts, und die andern Cerimonien,“ fuhr die Königin fort, „sollen morgen in der Kapelle stattfinden, denn Wir wollen Herrn Richard Varnen einen Genuß seiner Würde geben und da Wir keine Partheilichkeit in Verurteilung dieser Verurteilung statfinden lassen, Uns darüber mit Unserm Vater Suffey beraten.“

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Parteibewegung.

ac. Der erste Sozialistenkongress in Japan. In Osaka, dem industriellen Zentrum von Japan, traten am 5. und 6. April die japanischen Sozialisten zu einem ersten Kongress zusammen. Man darf dabei nicht an einen Kongress nach europäischem Muster denken. Erstens fehlt es in Japan an jeder Parteiorganisation der Sozialdemokraten; der erste in dieser Richtung unternommene Versuch von zwei Jahren wurde von der Regierung unterdrückt, die Führer zu erheblichen Geldstrafen verurteilt. Um den Kongress zu Stande zu bringen, hatte man die Versammlungen als wissenschaftliche Diskussionen angemeldet. Der Zweck, auf diese Weise das sozialistische Programm möglichst weiten Kreisen bekannt zu geben, wurde damit erreicht. Zu den einzelnen Versammlungen fanden sich immer 500-600 Personen ein. Die Presse konnte den Kongress auch nicht ignorieren; insbesondere hat die verbreitetste Tageszeitung Japans, der „Osaka Asahi“, hierzu beigetragen, indem er den sozialistischen Führer Abe aufforderte, mehrere Artikel über den Sozialismus in seinen Spalten zu veröffentlichen. Die Tagesordnung des Kongresses war eine sehr reichhaltige; u. a. wurden Referate gehalten über: Die kommende neue Partei (von Nakagama, dem bekannten Herausgeber des „Sozialist“), Geschichte der sozialistischen Ideen in Japan; Ministerialsozialismus; Taktik und Agitation. Auch über die internationale sozialistische Bewegung wurde gesprochen und hierbei kamte, wie der „Sozialist“ (der in jeder Nummer entliche Seiten in englischer Text veröffentlicht) mitteilt, auch ein europäischer, und zwar ein österreichischer Genosse, Dr. G. Gastein aus Wien, die japanischen Sozialisten begrüßen. Ihm wurden Grüße an die österreichische und deutsche Sozialdemokratie aufgetragen. Verschiedene Resolutionen, welche auf Agitation für die sozialistischen Ideen, Ausbreitung des Sozialismus in Japan und der Taktik der japanischen Sozialisten Bezug haben, wurden angenommen. —

Soziales.

Zur Arztfrage im Krankentassenwesen schreibt der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Amtsgerichtsrat Hofmann-Dillenburg, welcher bei der letzten Krankentassennovelle keineswegs arbeiterfreundlich gehandelt hat, treffend in der „Deutschen medizinischen Wochenschrift“:

„Nur ein billiges Einzelhonorar ermöglicht die unbedingt zu erwerbende sachgemäße ärztliche Krankenbesuche seitens der großen Masse, und das Ziel der ärztlichen Versorgung sollte daher nicht gerichtet sein auf Erreichung eines möglichst hohen Einzelhonorars, sondern auf Sicherung einer ausreichenden Gesamtleistung bei möglicher Sachleistung des Einzelhonorars. Nur eine solche Einstellung liegt im Interesse aller Kreise, entspricht auch am meisten und besten dem Ideal, von dem man sich zur Zeit noch (!) die über große Mehrheit unserer Ärzte geteilt wird, der wirtliche Friede und Güter unserer Volksgemeinschaft zu sein.“

Diese Ansicht eines Mannes, der sich bei allen Streitigkeiten zwischen Ärzten und Klassen stets auf die Seite der Erstere gestellt hat, bedeutet eine Ablehnung der vom Arztverband verlangten gesetzlichen Festlegung der unbedingten freien Arztwahl! Eine Verneinung der absoluten Gewerbefreiheit der Ärzte, die Empfehlung, den Arzt im öffentlichen Interesse zum Beamten zu machen.

Sehr richtig schreibt dazu die „Krankentassen-Zeitung“: „Die Arztorganisationen treiben unermüdet fort mit dem 20 Pfennig-Honorar, zu dessen rechtmäßiger Auszahlung die Klassen nicht einmal die Unterlagen erhalten! Die Klassen können den objektiven Anforderungen des Abgeordneten Hofmann, der sich mit Fug und Recht als warmer Freund des Krankentassenwesens bezeichnet, nur winzige Verbesserungen wünschen.“

ac. Grundsteuer und Grundbesitzer in Japan. Charakteristisch für die Boden- und Steuerverhältnisse in Japan ist ein kleiner Grundbesitzer, der sich in der letzten Nummer des „Sozialist“, des Organs der japanischen Sozialisten be-

findet. Deutlich bemerkbar macht sich das Bestreben der japanischen Junker und Grundbesitzer, sich von den Steuern zu befreien, und diese dem Volke zuzuschieben. Es heißt dort u. a.: Japan vereinnahmt etwa 60 Millionen Yen (1 Yen = 3,50 Mark), das ist 1/4 des gesamten Staatsbudgets, aus den Grundsteuern. Der Grundbesitz wird mit 3,3 Prozent seines Wertes besteuert. Der Wert des Grund- und Bodens ist aber bereits vor circa 30 Jahren, zu einer Zeit, wo der Preis des Reis noch kaum 1/4 vom jetzigen Preis ausmachte, festgesetzt worden. Seit jener Zeit ist der Wert des Grund- und Bodens mindestens um das drei- und vierfache, an manchen Orten des Landes um das 15fache gestiegen. Trotzdem ist die Steuer noch immer die gleiche wie vor vielen Jahren. Jeder Versuch, eine neue Schätzung des Wertes von Grund- und Boden vorzunehmen, wird durch die Junker und Grundbesitzer, welche im japanischen Landtag in der Majorität sind, vereitelt. Man geht noch viel weiter und agitiert dafür, die Grundsteuer ganz aufzuheben. So müssen die Staatskassen auf andre Weise aufgebracht werden und, wie überall, so wälzt auch hier die herrschende Klasse die Steuerlast auf die Schultern der Armen. —

ac. Die Arbeiterglashütte von Albi (Frankreich) ist in ihrer Existenz nun vollkommen gesichert. Die Ueberschüsse des Jahres 1902 waren allerdings etwas geringer als im Vorjahre, nämlich 7 000 Frank gegen 90 000. Die Differenz kommt aber fast einzig auf Rechnung des Bergarbeiterstreiks im letzten Oktober. Während dieses Streiks mußte die Produktion eingestellt werden. Deshalb ist auch die Gesamtproduktion im Jahre 1902 um etwa 100 000 Pfunden hinter der von 1901 zurückgeblieben (7,2 Millionen gegen 7,6 Millionen Pfunden). Im Jahre 1902 konnten auch 43 000 Frank rückständigen Arbeitelöhnen aus den ersten Betriebsjahren ausgezahlt werden. —

Gewerkschaftsbewegung.

Zur Aussperrung der Bauhandwerker in Dresden. Die Aussperrung ist nicht aufgehoben, wie vereinbart war. Nur die Hälfte der Kollegen hat anfangen können. Die Lohnkommission versucht, alles im guten zu regeln. Allem Anschein nach scheint dies unmöglich. Ein neuer Kampf scheint unvermeidlich. —

Streiks und Aussperrungen in der Provinz Sachsen im 4. Quartal 1902. Das kaiserliche Statistische Amt hat vor einiger Zeit abermals eine Statistik der Streiks und der Aussperrungen bekannt gegeben, und zwar bezieht sich diese, in Form humoristischer Uebersicht gehalten, auf das letzte Viertel von 1902, also auf den neuesten Zeitraum, der in dieser Beziehung bis jetzt in Betracht kommen kann.

Was zunächst die Streiks anlangt, so wurden deren in diesen 3 Monaten zusammen 183 festgesetzt, und zwar hatten die Streikenden in denselben in 41 Fällen vollen, in 85 Fällen teilweisen und in 107 Fällen keinen Erfolg.

Was unser Provinz Sachsen betrafen sich hierunter folgende Streiks:

Arbeiter in Groß-Dittersleben	8 Arbeiter, darunter 5 Streikende,
Fabrikanten in Halberstadt	231 Arbeiter, darunter 73 Streikende,
Bauarbeiter in Magdeburg	16 Arbeiter, darunter 14 Streikende,
Lehrer in Halberstadt	— Arbeiter, darunter — Streikende.

Die angegebenen Arbeiterzahlen (8, 231, 16) sind diejenigen der Betriebe, in denen der Streik zum Ausbruch kam, und zwar handelt es sich um je nur einen Betrieb. Ueber den Lehrereinstreik in Halberstadt liegen bei Zusammenstellung des Materials ungenügende Angaben noch nicht vor. Dessen Erfolg hatte der Bauarbeiterstreik in Halberstadt, während der Groß-Dittersleben und keinen der

Magdeburger Streik. Unter den 12 preussischen Provinzen (außer Berlin und Hohenzollern) hatte in der angegebenen Zeit die meisten Streiks die Provinz Brandenburg aufzuweisen, nämlich 53. Wir sehen mit unsrer Ziffer an vor-
lehter Stelle.

Aussperrungen kamen im Deutschen Reich in dem dreimonatlichen Zeitraume 13 vor und zwar in 105 Betrieben. Es kamen von den letzteren infolge der Aussperrung 41 zu völliger Stillstände. Die Aussperrung hatte in 12 von den 13 Aussperrungsfällen, also nahezu in sämtlichen vollen, und nur in einem Falle, der jedoch nur 3 Betriebe mit 4 ausgesperrten Arbeitern betraf, keinen Erfolg. In unserer Provinz Sachsen kamen im letzten Viertel des Jahres 1902 Aussperrungen nicht vor. —

Der Deutsche Metallarbeiterverband, die größte Gewerkschaft, hat trotz der Krisis einen erfreulichen Aufschwung genommen. An verschiedenen Orten ist es den Mitgliedern gelungen, durch Verhandlungen mit den Unternehmern eine Verkürzung der Arbeitszeit herbeizuführen, und auf diese Weise Massenentlassungen und völliger Arbeitslosigkeit vorzubeugen. So ist es dem Verbands gelungen, die Krisis zu überstehen. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1901: 100 762, am 31. Dezember 1901 trotz des inzwischen erfolgten Anschlusses des Zentralvereins der Former mit 3500 Mitgliedern nur 102 905. Im Jahre 1902 dagegen ist eine Zunahme um 25 937 Mitglieder zu verzeichnen. Die Aufwendungen für Unterstützungszwecke betragen im Jahre 1902: 567 604 Mark. Es entfällt auf ein Mitglied 4,81 Mark an Unterstützungen, gegen 1,52 Mark im Jahre 1900 und 4,69 Mark im Jahre 1901. Die Steigerung ist einmal auf den Ausbau des Unterstützungswesens und zweitens auf die infolge der Krisis hervorgerufene größere Arbeitslosigkeit zurückzuführen. Der Bericht konstatiert einen Rückgang der Streikvergehen; die Zahl der Streiks war eine geringere und die Rechtsprechung milder als in der Blütezeit des Zuchtstauskurfes. Immerhin beträgt die Strafliste noch 29 Monate, 21 Wochen, 665 Tage Gefängnis oder Haft und 871 Mark Geldstrafe, wozu noch Strafmandate in Höhe von 364 Mark kommen. Das Streben des Verbandes, die Lage der Mitglieder zu verbessern, mußte zurücktreten gegenüber dem Streben auf Verteidigung der in der Hochkonjunktur errungenen Positionen. Die Folge davon ist ein Ueberwiegen der Abwehrstreiks. Es haben in der Periode 1901/1903 nur 26 Angriffsstreiks, dagegen 156 Abwehrstreiks und Aussperrungen stattgefunden; an ersteren waren 4540, an letzteren 8268 Personen beteiligt. Von den Angriffsstreiks endeten bisher 16 mit Erfolg, 6 ohne und 4 mit teilweisem Erfolg, von den Abwehrstreiks 41 mit Erfolg, 72 ohne und 29 mit teilweisem Erfolg. Im ganzen belaufen sich die Ausgaben für Streiks in der Berichtsperiode auf Mark 622 931,10. Die Einnahmen des Verbandes betragen Mark 2 871 826,57, die Ausgaben Mark 2 745 490,41; einschließlich des alten Bestandes von Mark 571 602,71 verfügt der Verband über ein Vermögen von Mark 702 938,87. —

Die sechste Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

gd. Berlin, 2. Juni 1903.
In der heutigen Vormittags-Sitzung beschloß die Generalversammlung zunächst einstimmig und ohne Debatte auf Antrag Gottshusen-Riel, bis zum 1. Juli d. J. von den männlichen Mitgliedern einen doppelten Beitrag zu erheben. Nachdem sodann eine Stanzensberatsammission, eine Haushaltskommission und eine Beschwerdebekommmission gewählt war, ergriffte Schlichte-Schnitzart den Bericht des Vorstandes. Redner ging des näheren auf die bei Streiks zu beobachtende Taktik ein, warnte davor, die Maßregelung einzelner Kollegen ohne weiteres zum Ausgangspunkt eines Streiks zu machen und bezeichnete es als einen Fehler, den Feldzugsplan bei Lohnbewegungen stets öffentlich darzulegen, da hieron nur die Gegner Vorteil haben. Von Wichtigkeit sei die Beobachtung der Arbeitslosenstatistik; aber nicht nur die Arbeitslosenstatistik müsse gepflegt, sondern auch auf die Arbeitsvermittlung ist sehr interessant. Das Material liefert ein Hochofen in der sonst merklichen Schmelze. Jetzt wird allerdings das Eisen so vollständig aus dem Erzen ausgezogen, daß die Schlacke für Mineralwolle nicht mehr gebraucht werden kann.

Deshalb wird die Schlacke aus früheren Jahren noch aufgefressen. Sie muß zunächst zerbrochen werden und wird dann durch ein endloses Wand in einer Blattform gehoben, um in einen Tiegel zu gelangen, wo sie mit etwas Kalkstein und Sandstein vermischt wird. Der Kalkstein gibt der Wolle die weiße Farbe, der Sandstein die größte Festigkeit und Geschmeidigkeit. Zur 10 Tonne dieses Gesteinsgemisches sind zur Erhitzung der Tiegel nur etwa zwei Tonne Kohle und eine Tonne Stolz notwendig. Der Tiegel müssen sehr hart aus Eisen und einer Verleibung von feuerfesten Steinen gebaut sein. Innen kommt auf je eine Lage von Holz und Kohle noch stets eine Lage der Gesteinsmischung. Der Feuer wird angezündet und gleichzeitig ein Luftstrom durch den Tiegel geleitet.

In der Inhalt glutflüssig geworden, so wird eine kleine Dampfung im Boden des Tiegels gemacht, aus dem ein dünner Strahl des geschmolzenen Gesteins austritt. Dann wird gegen diesen Strahl der Dampf aus einem dicht daneben endigenden Rohr unter hohem Druck geleitet, so daß jener völlig zerhäutet wird und kein Tropfen auf den Boden gelangt. Der heiße Mineralstrom wird in einen andern Behälter geflossen, wo er durch seine eigene Schwere niedersinkt und beim Erkalten eine wolffähnliche Gestalt annimmt.

Der Dampfstrom wird so stark getrocknet, daß von selbst eine Schichtung der Mineralwolle nach der Feinheit eintritt. Dann wird sie nach ihren verschiedenen Qualitäten gesammelt und entweder in Säcke gepackt oder (für die Ausfuhr) in Ballen gepreßt. Eine Anlage von drei Tiegeln, die mit doppelter Arbeitsfähigkeit 5 bis 20 Tonne in Betrieb ist, kann täglich etwa 20 Tonne Mineralwolle liefern. Da es sich hier um die Verwertung eines Nebenproduktes handelt, so sollte man auch bei uns der Erzeugung von Mineralwolle mehr achten, als es bisher geschehen ist. —

— Kleine Mitteilungen. Die Uebersetzung von Emile Zola von A. Scherer in Paris nur vorläufig auf dem Friedhof des Montmartre beiseite zu tun, sind am 21. Mai in das Gebiet übergeben worden. Das Recht Zola am Eingang des Friedhofes von dem Anwaltten Pierre Nouvelain hat erwidert lassen. — Ein Antrag für den Vertriebsstellen Rufus Wilschka Zola soll in dem nächsten werden. — Peter Kofberger wird in Graz am 1. Juni 1903 ein. —

Kleines Feuilleton.

— Eine weiße Verfügung hat der deutsche Kaiser durch das kaiserliche Statistische Amt am 21. Juni 1903 erlassen. In dieser Verfügung ist es den Klassen nicht gestattet, die Klassen nicht einmal die Unterlagen erhalten! Die Klassen können den objektiven Anforderungen des Abgeordneten Hofmann, der sich mit Fug und Recht als warmer Freund des Krankentassenwesens bezeichnet, nur winzige Verbesserungen wünschen.“

— Emile Zola über den Streit der Ärzte. In dem Roman „Le Docteur Mystère“ von Emile Zola über die folgenden Worte sagt der Schriftsteller: „Die Ärzte sind zum allgemeinen Wohle der Bevölkerung, wenn sie einmal nicht mehr in den Händen von unheimlichen und schmerzhaften Krankheiten sind, die sie dazu bringen, die Menschen zu vernichten und zu zerstören.“

— Sabbatismus und Chinesen. Sabbatismus ist die Abwesenheit von Arbeit am Sabbat. In China ist die Sabbatfeier ein Fest, das den Chinesen sehr wichtig ist. In China ist die Sabbatfeier ein Fest, das den Chinesen sehr wichtig ist.

— Mineralwolle wird so stark getrocknet, daß von selbst eine Schichtung der Mineralwolle nach der Feinheit eintritt. Dann wird sie nach ihren verschiedenen Qualitäten gesammelt und entweder in Säcke gepackt oder (für die Ausfuhr) in Ballen gepreßt. Eine Anlage von drei Tiegeln, die mit doppelter Arbeitsfähigkeit 5 bis 20 Tonne in Betrieb ist, kann täglich etwa 20 Tonne Mineralwolle liefern. Da es sich hier um die Verwertung eines Nebenproduktes handelt, so sollte man auch bei uns der Erzeugung von Mineralwolle mehr achten, als es bisher geschehen ist. —

So wird ein die einflussreiche Arbeiter gegenständig ist, hat in der 15. Nummer einen sehr interessanten feuerfesten Mineralwolle. Die Wollfäden werden durch einen endlosen Wand in einer Blattform gehoben, um in einen Tiegel zu gelangen, wo sie mit etwas Kalkstein und Sandstein vermischt wird. Der Kalkstein gibt der Wolle die weiße Farbe, der Sandstein die größte Festigkeit und Geschmeidigkeit. Zur 10 Tonne dieses Gesteinsgemisches sind zur Erhitzung der Tiegel nur etwa zwei Tonne Kohle und eine Tonne Stolz notwendig. Der Tiegel müssen sehr hart aus Eisen und einer Verleibung von feuerfesten Steinen gebaut sein. Innen kommt auf je eine Lage von Holz und Kohle noch stets eine Lage der Gesteinsmischung. Der Feuer wird angezündet und gleichzeitig ein Luftstrom durch den Tiegel geleitet.

In der Inhalt glutflüssig geworden, so wird eine kleine Dampfung im Boden des Tiegels gemacht, aus dem ein dünner Strahl des geschmolzenen Gesteins austritt. Dann wird gegen diesen Strahl der Dampf aus einem dicht daneben endigenden Rohr unter hohem Druck geleitet, so daß jener völlig zerhäutet wird und kein Tropfen auf den Boden gelangt. Der heiße Mineralstrom wird in einen andern Behälter geflossen, wo er durch seine eigene Schwere niedersinkt und beim Erkalten eine wolffähnliche Gestalt annimmt.

Der Dampfstrom wird so stark getrocknet, daß von selbst eine Schichtung der Mineralwolle nach der Feinheit eintritt. Dann wird sie nach ihren verschiedenen Qualitäten gesammelt und entweder in Säcke gepackt oder (für die Ausfuhr) in Ballen gepreßt. Eine Anlage von drei Tiegeln, die mit doppelter Arbeitsfähigkeit 5 bis 20 Tonne in Betrieb ist, kann täglich etwa 20 Tonne Mineralwolle liefern. Da es sich hier um die Verwertung eines Nebenproduktes handelt, so sollte man auch bei uns der Erzeugung von Mineralwolle mehr achten, als es bisher geschehen ist. —

Rechtsanwalt Otto Landsberg

spricht in

Gross-Ottersleben

am Sonnabend den 6. Juni 1903 im Strumpf'schen Lokale.

lung Einfluss gewonnen werden. Einer durchgreifenden Reorganisation bedürfte das System der Werkstättenvertrauensmänner. — Von einer Veröffentlichung der Orte, nach denen Zugang fernzuhalten sei, bittet Redner in Zukunft Abstand zu nehmen, da hierdurch die Unternehmer auf beachtliche Bewegungen aufmerksam gemacht würden. Wichtig berichtete über die Tätigkeit des Ausschusses; der Ausschuss hatte sich u. a. mit dem Fall Scherm-Künzberg zu befassen, ist aber zu keinem abschließenden Urteil gekommen und wünscht, daß diese Angelegenheit der Beschwerdef Kommission überwiesen wird. Die Debatte über die Berichte wurden verbunden mit Vorträgen, die sich auf die Agitation, die Mitarbeiter, statistische Erhebungen, auf die Verwaltung und das Verbandsorgan beziehen. Cohen-Berlin wandte sich dagegen, wegen Beseitigung der Mordarbeit Lohnkämpfe zu injizieren und sprach seine Verwunderung darüber aus, daß das Reichsstatistische Amt sich behufs Verwirklichung der Arbeitslosenstatistik an die Arbeiter-Organisation wende, während zu gleicher Zeit andere Behörden die Arbeiter an der Ausübung des Koalitionsrechtes hindern. Vorländer-Pannow betonte die Notwendigkeit eines Zusammenstehens mit dem Westarbeiter-Verband. Franz-Hamburg beschwerte sich darüber, daß der Ausschluß von Kähler-Pannow nicht genehmigt sei und wünscht eine Entscheidung der General-Versammlung hierüber. — Hierauf trat die Mittagspause ein.

In der Nachmittags-Sitzung wurde die Debatte über den Bericht des Vorstandes und Ausschusses fortgesetzt. Einen großen Teil der Sitzung füllte die Erörterung der Angelegenheit Pannow'sch aus, des bekannten Unarischen, der zweimal von Berlin als Verwaltungsbeamter gewählt, zuerst nicht und dann nur unter Vorbehalt vom Vorstand bestätigt war. Die Angelegenheit wurde schließlich der Beschwerdef Kommission überwiesen. Veder-Gera wünschte, daß die Gemahrgeldestenunterstützung erhöht wird. Ditzmann-Barmen begründete einen Antrag Barmen-Eberfeld auf Forderung des rheinisch-westfälischen Agitationsbezirks in zwei selbständige Bezirke: Aachen-Chemnitz beauftragte die Leitung des Bezirks Sachsen-Thüringen. Namens des Vorstandes machte Verbandssekretär Reichel prinzipielle Bedenken gegen die Teilung dieser Bezirke geltend, erklärte sich aber für die Anstellung einer zweiten Hilfskraft. Schneider-Mannheim betonte die Notwendigkeit einer Änderung der statistischen Bestimmungen über die Arbeitererhebungen. Junge-Hamburg trat für die Zusammenlegung von an demselben Ort bzw. in demselben Lohngebiet befindlichen Verwaltungsstellen ein; es komme nicht darauf an, wo der Kollege wohnt, sondern wo er arbeitet; deshalb dürften die Vororte von Großstädten keine eigenen Verwaltungen haben.

Am 6 Uhr wurde die Debatte vertagt. Am Abend findet zu Ehren der Delegierten ein Komers statt.

archivs zu Magdeburg, so weit sie dem alten Ratsarchiv der Stadt Erfurt entstammen, diesem wieder zurückzugeben. Hierdurch erhält letztere Stadt 4000 Urkunden, 400 Aktenstücke, 98 Kopialbücher und Register, während dem Staatsarchiv 171 Urkunden und 241 Aktenstücke ausgehändigt werden. —

— **Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“.** Unter diesem Namen wurde im Jahr 1896 ein Radfahrer-Verband gegründet, welcher sich die Sammlung aller Radfahrer des Arbeiterstandes zum Ziel gesetzt hat. Zweifelslos ist das Fahrrad heute ein Verkehrsmittel, welches gerade für die Arbeiterschaft infolge des Umstandes, daß sehr viele Arbeiter weite Wege zu und von ihrer Arbeitsstätte zurücklegen haben, von großer Bedeutung ist. Es macht den Arbeiter unabhängig von den übrigen Beförderungsmitteln, wo auf die Wünsche derselben oft nur sehr wenig Rücksicht genommen wird. Aber auch in gesundheitlicher Beziehung läßt das Radfahren, vernünftig betrieben, einen wohlthuenden Einfluss auf den Körper aus.

Gleich wie die arbeitenden Sänger und Turner sich zu Verbänden zusammengeschlossen haben, sollten auch alle Radfahrer des Arbeiterstandes zur Wahrung ihrer Interessen dem Arbeiter-Radfahrer-Bunde beitreten. (Siehe auch Inserat in geistiger Nummer.)

— **In Schnellzuge erschoss sich** Sonnabend abend zwischen Döberleben und Magdeburg ein 50 Jahre alter Mann. Ein Schuhmann veranlaßt die Ueberführung der Leiche nach der Leichenhalle der allstädtischen Krankenkasse. Bei dem Manne wurde eine Geschäftsempfehlungskarte der Firma Kierzel u. Schulz, Berlin O., Langestr. 46, vorgefunden. —

— **Unfall.** Dem Bootsmann Albert Fricke aus Rehnerth fielen am Dienstag vormittag auf dem Werder beim Salzverladen zwei schwere Säcke auf den Körper, wobei sich derselbe schwere innere Verletzungen zuzog. Der Verletzte fand Aufnahme im allstädtischen Krankenhaus. —

— **Von der Feuerwehr.** Die Feuerwehr konnte das Pfingstfest ohne erheblich gehört zu werden feiern, denn die Hauptwache hatte nur einmal nach Bismardstraße 12 auszurücken. Dort waren durch Umstößen eines Spiritusföchers in einem Zimmer einige Kleidungsstücke in Brand geraten, die Feuerwehr besetzte jede weitere Gefahr. — Am zweiten Pfingstfesttage rückte die Wache Rembrandt aus, dort mußte ein Pferd, welches im Stalle des Baugeschäfts Schütz gestürzt war, wieder hochgerichtet werden. —

— **Fünf neue Automaten** sollen in den Badeanstalten aufgestellt werden. Die Einrichtung hat sich, wie der Magistrat bekannt gibt, gut bewährt. —

— **Im Magdeburger Naturhistorischen Brieftauben** findet morgen Donnerstag (4. Juni) die praktische Vorführung und Erläuterung von Gang- und Leuchtapparaten durch Herrn H. Schmidt im mittleren Saale der Richardstr. 10 (Kassenstr.) statt. —

— **Sinnsch.** Der heutigen Nummer liegt der gesamt Auflage ein Prospekt der Firma Otto Schwesig, Tuch-Verbandhaus in Goltz, bei.

Ein Monster-Prozeß.

g. Halle, 8. Juni.

Heute früh 9 Uhr beginnt der Verleumdungsprozeß gegen die sozialdemokratischen Stadtratsordnen Karl Krieger und Friedrich Semmer, die wider besseres Wissen in Beziehung auf die Geschäfte des Beamten der hiesigen Polizeiverwaltung unwahre Tatsachen behauptet haben sollen, die geeignet wären, die Polizeibeamten verächtlich zu machen. Es sind nicht weniger als 217 Zeugen vor dem zweiten Bürgermeister herab bis zum Gefängnis aufgerufen als Zeugen geladen. Die Verleumdungen werden darin enthalten, daß Stadtratsordner Krieger gelegentlich der alljährlichen Voranung des Polizeiwesens am 9. Februar im Stadtratsordnenkollegium gelacht haben soll, es hätten sich bei dem Polizeibeamten über widerwärtige Dummheiten lustig gemacht. Bürgermeister v. Goltz entgegnete darauf, er glaube das nicht, denn der Stadtratsordner sei ein sehr intelligentes Stadtratsordnen worden, sei ein Mann von hohem Ansehen, dem man zu sein. Die sozialdemokratischen Stadtratsordnen hätten dem Bürgermeister die Unmoral seiner Handlungsweise in der Stadtratsordnenversammlung vom 16. Februar vor dem Stadtratsordnenkollegium geltend gemacht, was der Stadtratsordner des Herrn v. Goltz in der letzten Sitzung harte sich beschwerte. Bezüglich der Polizei an ihn — Semmer — mit Verleumdungen über die Verleumdungen gemindert. Der Staatsanwalt glaubt nun durch die eidliche Bemerkung der sämtlichen Beamten bereiten zu können, daß sich Semmer nicht an sozialdemokratische Stadtratsordnen gemindert haben und dazugehörig so, wenn auch die Behauptung nicht die Angelegenheit und deren Parteigenossen beleidigend ist, so würde sie dem geübten die Beamten bei einem gewissen Teil der Verleumdungen unerschrocken zu machen.

Der Herr v. Goltz hat Landgerichtsdirektor Krieger. Die Angelegenheit vertritt Staatsanwalt Deibitz und als Verteidiger fungiert Rechtsanwalt Herzfeld. —

Provinz und Umgegend.

Sieders. 8. Juni. (Gegen Herbert Bismard) Im großen Saal des ersten Hotels eine öffentliche sozialdemokratische Versammlung und zwar im Goltz des Herrn v. Goltz. Herr v. Goltz hielt eine glänzende Rede über die Bedeutung der Reichstagswahl und die Forderung der Sozialdemokratie. Die Versammlung erklärte unter lebhaftem Beifall am 18. Juni einstimmig Karl v. Goltz zum Kandidaten für die Wahl der Familie Bismard wenigstens im Reichstagswahlbezirk. —

Akerleben. 2. Juni. In nichtöffentlicher Sitzung der Stadtratsordnen wurde dem Oberbürgermeister Wagners ein Schatzschlüssel von hiesig 1000 Mark bewilligt. —

Burg. 2. Juni. (Die erste Volksversammlung im „Schützenhause“.) Nach längerem Kampfe ist es der hiesigen Arbeiterschaft gelungen, auch das „Schützenhaus“ zu Versammlungszwecken zurückzugewinnen. Dasselbe Lokal, in welchem uns — wenigstens so weit uns die Polizei keinen Eintrag durch die Rechnung machte — in der sozialdemokratischen Zeit ein freier Austausch der Meinungen gewährt wurde, wurde uns 14 Tage nach dem Falle dieses schändlichen aller Gesetze entzogen. Jetzt, nach fast 13 Jahren, ist diese Hölle für uns gefallen. Genosse Haupt-Magdeburg sprach am letzten Freitag vor ausverkauftem Hause über das Thema „Warum wählen wir sozialdemokratisch?“ In glänzender 1½stündiger Rede erläuterte Redner uns augenblickliche politische Konstellation. Daß die freisinnige Volkspartei und deren Vertreter infolge ihrer sozialdemokratischen Tätigkeit so gut wie die Partei Bismard nicht besonders günstig dabei abgeschrieben liegt in der Natur dieser Parteien begründet. — Am Donnerstag den 4. Juni wird von derselben Bühne aus der „Meine Bismard“ sich „seinen“ Wählern vorstellen. Nicht einmal die freisinnigen haben zu dieser Versammlung Zutritt. Ob Bismard glaubt, bei der Stichwahl auf „den“ Freisinn verzichten zu können? Uns kann es nur recht sein. —

Erfurt. 2. Juni. (Aufs neue eine Fleischnot!) Der Vorstand der Erfurter Fleischer-Zunft gibt neuerdings dem Publikum bekannt, daß in Anbetracht der hohen Viehpreise beim Rind-, Kalb- und Hammelfleisch von jetzt an ein Preisaufschlag von 5 Pf. pro Pfund eintreten muß. —

Cuedlinburg. 3. Juni. (Die Volksversammlung am Sonnabend, in welcher Reichstagskandidat Albert Schmidt referierte, verlief in bester Weise. Je näher der Wahltermin heranrückt, desto mehr wächst die Begeisterung für den 16. Juni. In der nächsten Volksversammlung am Sonnabend den 6. d. M. wird Genosse Redakteur Robert Albert-Magdeburg über das Thema „Auf zur Abrechnung mit den Volkseindern und Volksbedrüdern!“ Der Redakteur des schwindenden Kreisblattes ist vom Referenten schriftlich eingeladen worden, damit er Gelegenheit hat, Ange in Auge dem Gegner seine Behauptungen über die Sozialdemokratie zu beweisen. Da Herr Stamede sich nicht nachfragen lassen will, daß er jezt in die, wenn er als Ehrenmann eingeladen wird, dürfte er diesmal bestimmt erscheinen. —

Cuedlinburg. 3. Juni. (Bei Eugen Richter in die Schule gegangen!) In die Redaktion des Kreisblattes. Uns unter Brandmarke der zahllosen Eigen und Verleumdungen aus der Lorenzstr. Wochenschrift zitiert sie — ganz wie Richter in „Sozialdemokratie“ — nur die Sozialdemokratie, unter schlagte aber ihren Feiern unter Feststellungen! Richter, dieser lächerliche Sozialistenhater, kann auf diesen Schülern stolz sein! —

Stahfurt. 2. Juni. (Immer noch einmal Herr Vogeljungs Verhaftungskämpfe.) Die königliche Berginspektion schreibt uns heute:

„Die in dem Artikel unter der Signatur „Herr Berginspektion Vogeljung“ berichtete, 1. Beilage zu Nr. 124, angeführten Behauptungen beruhen sämtlich auf Erfindung.“

Es sind von der königlichen Berginspektion überhaupt keine Notizen in Bezug auf die Verhaftung worden. Wenn einzelne Bergarbeiter denartige Behauptungen im Auftrage des reichsweiten Wahlvereins unternommen haben, so haben sie dies in ihren dienstlichen Stunden getan, bezw. zu einer Zeit, während welcher sie beurlaubt waren. Eine Entschädigung von der Bergverwaltung erhalten sie für diese Tätigkeit selbstverständlich nicht.

Wenn ferner einzelne Bergarbeiter, die Nachschicht hatten“ (soll wohl heißen „Wachschicht“), zur Teilnahme an der fraglichen Konzeption auf ihre Beine zum freigegeben worden ist, so erhalten dieselben für diese Teilnahme auch keine Entschädigung.

Wer das Freitagen in der Konzeption besucht hat, kümmert Herrn Bergverwalter Vogeljung nicht. In Anbetracht dessen ist nur, daß es die königliche Berginspektion nicht war, ebensowenig wie einer von untern Beamten als deren eigenen Willen.

Wir wünschen auf Grund des § 11 des Verhaftungsgesetzes vom 7. Mai 1874 um Verhaftung bestehender Verhaftung.

Schreiber.

Herr v. Goltz unter Einwirkung mit der nötigen Unterstützung zu haben. Die Konzeption liegt in der Hand der Konzeption der Sache hinweg und demnach Behauptungen, die wir nie ganz haben. Wir erklären auf:

Herr v. Goltz unter Einwirkung mit der nötigen Unterstützung zu haben. Die Konzeption liegt in der Hand der Konzeption der Sache hinweg und demnach Behauptungen, die wir nie ganz haben. Wir erklären auf:

Herr v. Goltz unter Einwirkung mit der nötigen Unterstützung zu haben. Die Konzeption liegt in der Hand der Konzeption der Sache hinweg und demnach Behauptungen, die wir nie ganz haben. Wir erklären auf:

Tangerhütte. 2. Juni. (Die erste sozialdemokratische Kreisversammlung) fand heute hier statt: sie war sehr gut besucht. Von den 400 Mann und zahlreichen Männern hatten wir eingeladen, obwohl in dem hiesigen Lokale das Schützenfest stattfand. „Welche Interesse haben die Frauen in den kommenden Reichstagswahlen?“ lautet das Thema, um welchem sich die Versammlung beschäftigte. Nach einem mit Beifall aufgenommenen Referat des Genossen Frenning-Magdeburg sprach Genosse W. v. Goltz-Magdeburg, worauf der Kandidat des Wahlkreises, Genosse v. Goltz, einen lebhaften, durch hiesigen Beifall unterbrochenen Appell an die Frauen richtete, jede freie Minute in den nächsten 14 Tagen zu benutzen, um für den Sieg der sozialdemokratischen Partei zu agitieren. —

Tangerhütte. 2. Juni. (Volksversammlung.) Am Freitagabend fand hier eine von 6-700 Personen besuchte Wähler-Versammlung statt. Als Referenten traten die Genossen Schumann-Berlin und v. Goltz-Magdeburg auf. Beide Referenten sprachen mit lebhaften Worten die von den Reichstagswahlen im gegenwärtigen Jahre getriebene Heute- und Verleumdungen. Der Referent sprach am Schluß der Ausführungen der Referenten durch den Saal. Am 7. Juni wurde mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie die Versammlung geschlossen. — Armer Goltz, befehle Dein Haus!

Tangerhütte. 2. Juni. (Wittdor-Botschaft.) Raum, daß das Wort „Zur Eisenbahn“ untern Genossen zu Versammlungen zur Verfügung gestellt wurde, ist auch schon der Wittdorposten verhängt.

wie die Sozialblätter melden. Natürlich ist dieses Vorgehen der Militärbehörde nur ein Grund mehr für unsere Genossen, jetzt alles zu tun, um sich das für den politischen und gewerkschaftlichen Kampf unentbehrliche Volk dauernd zu sichern.

Thale, 3. Juni. Wegen widernatürlicher Unzucht war der Barbiergehilfe Oskar Hocquel aus Thale a. S. von dem Landgericht Halle angeklagt. Der Angeklagte hatte im Dezember v. J. in Schaffstädt den Barbierlehrling Gaste durch Drohungen zu unzüchtigen Handlungen genötigt und mit S. widernatürliche Unzucht getrieben. Außerdem wurde der Angeklagte, der mit dem Lehrling in einer Kammer schlief, beschuldigt, dem Gaste einen Schläpplappen weggenommen zu haben. Die Verhandlung entzog sich der Deffinitivität und hatte das Ergebnis, daß der Angeklagte wegen Nötigung und widernatürlicher Unzucht zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt und von der Anklage des Diebstahls freigesprochen wurde.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Am ersten Pfingstfeiertage wurde in Halberstadt in der elektrischen Wagenhalle ein Straßenbahnwagen-Monteur, welcher damit beschäftigt war, sich den Fahrplan durchzusehen, von einem antommenden Wagen herabgeraten gegen die Toreinfahrt gequetscht, daß er lebensgefährlich verletzt wurde und in das Salvator-Krankenhaus überführt werden mußte. — Der Betrieb der Halberstädter Straßenbahn hat sich an den Pfingstfeiertagen noch recht mangelhaft erwiesen. So blieben auf der Strecke nach den Klusbergen mehrmals die Wagen mitten im Felde stehen. Auch ist die Wagenzahl viel zu gering. Im Interesse der öffentlichen Sicherheit ist es notwendig, daß auf dieser Strecke mehr zum Schutze des Publikums getan wird. Wir sind doch wirklich neugierig, zu erfahren, wann eigentlich die neuen Anhängewagen in Betrieb kommen. Der eine genügt doch keineswegs. — Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Brüdengelände der Holtemme am Gröppertore in Halberstadt. Ein kleines Kind spielte am Geländer, verlor hierbei das Gleichgewicht und stürzte kopfüber in die Holtemme, wobei es sich schwere Verletzungen des Kopfes zuzog und sofort nach dem Krankenhause geschafft werden mußte. — Ein anderer Unglücksfall passierte im Lichtergraben, wo ein Radfahrer ein Kind umgefahren hatte, welches mit dem Gesicht auf den Erdboden aufschlug und leichtere Verletzungen an den Beinen davontrug. Der Vater des Kindes, welcher sehr aufgeregt hierüber war, verabschiedete dem Radfahrer eine Tracht Prügel. — Bei dem Nhemacher Grünthal, Johannastrasse, ebenfalls in Halberstadt, wurde in der Nacht zum 31. Mai ein Einbruchdiebstahl verübt und eine Anzahl Uhren im Werte von 500 Mark gestohlen. — Der in Sachen des Kindesmordes in Acherleben festgenommene Barbier Carpentier ist arger Verfolgung gefeigt. — Während der Arbeit im Verleerich-Schacht in S i a f u r t am Sonnabend vormittag prallte der Spitzhammer eines Bergmanns am harten Gestein ab und wurde von dem Hammer die Hand des Bergmanns Niemann aus Löberburg getroffen, durchschlugen und an den Wunden festgeheftet. Beim Herauslösen des Hammers aus der Hand, als auch beim Reinigen der Wunde wurde der Verletzte vor Schmerzen ohnmächtig und es verging längere Zeit, ehe derselbe wieder zu sich kam. Er wurde nach seiner Wohnung gebracht. — Auf dem Güterbahnhofe in E r f u r t wurde dem Arbeiter A. Walter, der zwischen die Räder zweier Güterwagen geraten, die Räder eingedrückt; der Tod trat auf der Stelle ein. — Zwei Menschen verbrannten in E r f u r t infolge des Leidigen, so oft durch die Presse gedrungen unvorsichtigen Umganges mit Spiritus. Am Sonnabend früh geschah die 13jährige Tochter des Papierfabrikanten Lang aus einer Wachtanne Spiritus in den noch brennenden Spiritusbottchen. Es kam zu einer Explosion, durch welche die Kleider des Mädchens und auch diejenigen der Mutter, welche dem Kinde zu Hilfe eilte, in Flammen aufgingen. Nach wenigen Stunden fanden beide unter größtem Schmerzen.

Vermischte Nachrichten.

* **Ein alter Freund und Festungsgegnosse Fritz Reuters** ist mit dem am Freitag zu Kroppen a. D. im 93. Lebensjahre verstorbenen Geh. Justizrat und früheren Abgeordneten Franz Rudolf Wachsmuth dahingegangen. In demselben Jahre geboren wie Fritz Reuter, war er in den schweren Tagen auf der Festung Silberberg (November 1832 bis Februar 1837) des späteren Dichters treuer Leidensgenosse. Als die Erstürmung der Hauptmauer in Frankfurt a. M. (3. April 1833) das Signal gab zur großen Demagogieverfolgung, wurde auch die holländische Burgenzeitung „Germania“, der Wachsmuth angehört, arzigelöst, und auch dem Anskulturator Wachsmuth wurde ein Festungsgegnosse. Auf Silberberg fand er Reuter wieder. Dori wurde ihnen am 28. Januar 1837 in der Stadt Silberberg durch den Land- und Stadtgerichtsdirektor Frankenberg das Todesurteil verkündet und im Anschluß daran die Kabinensender mitgeteilt, die das Urteil in 30 Jahre Festungsgegnosse umwandelte.

* **Der Jopf, der hängt ihm hinten!** Aus Wien wird berichtet: Im Gegensatz zum österreichischen Justizministerium, welches noch unter dem Minister Dr. v. Adler in einem Erlasse die Titulaturen „Ehlich“ und „Hochwohlgeboren“ und „Hochwohlgeboren“ als im amtlichen Verkehr abgelehnt hat, hält das kaiserliche

Ministerium an den Titulaturen „Wohlgeboren“ und „Hochwohlgeboren“ fest und hat in einem dieser Tage ausgegebenen Erlasse genau die Beamtenkategorien festgelegt, welchen der Titel „Wohlgeboren“ und „Hochwohlgeboren“ gebühre. Auf eine Anfrage der k. k. Staatsbahn-Direktion in Pilsen hat nämlich das Eisenbahnministerium folgendes geantwortet: „In Erledigung des Berichtes vom 3. v. M. wird der Staatsbahn-Direktion unter teilweiser Abänderung der Bestimmungen des hierortigen Erlasses vom 19. Februar 1897 eröffnet, daß zum Zwecke der Herstellung der Gleichartigkeit mit der im unmittelbaren Staatsdienst bestehenden Uebung künftighin die Titulaturen „Hochwohlgeboren“ nur bei den Staatsbahn-Beamten der V. Dienstklasse, hingegen bei jenen der VI. bis inklusive X. Dienstklasse, und bei den Beamten-Aspiranten, sofern dieselben nicht dem Adelsstande angehören, die Titulatur „Wohlgeboren“ Anwendung zu finden hat. Der k. k. Eisenbahnminister: Wittel.“

Kleine Chronik.

Die deutsche Südpolarexpedition auf der Heimreise.

Im Auswärtigen Amt ist folgendes Telegramm des kaiserlichen Konsuls in Durban eingetroffen: „Südpolarischiff „Gauß“ Pfingstsonntag Durban Kapstadtwärts passiert.“

Mit herzlichster Freude wird das deutsche Volk diese Nachricht begrüßen, die erste Kunde von der Heimkehr unserer wackeren Landeskente, die vor 16 Monaten in die völlig unbekanntem unwirtlichen Gegenden des jüdischen Eismeeres auszogen, um im Dienste des Deutschen Reiches, der deutschen Wissenschaft mitzuarbeiten an dem ungemein schwierigen Werk der antarktischen Forschung.

Ueber die glückliche Rückkehr liegt folgende weitere telegraphische Nachricht des Leiters der Expedition Professors Dr. v. Drngalski vor:

Expedition nach Kapstadt fahrend, Durban angelassen. Alle wohl. Berichte abgehandt. Adresse Kapstadt. Schiff vortrefflich bewahrt.

Der Kapitän der norwegischen Bark „Garcia“ übergab dem deutschen Konsul in Lourenco Marques ein „An deutsches Konsulat Delagoabai“ adressiertes Schreiben der deutschen Südpolarexpedition, die er südlich von Mauritius getroffen hatte. Das Schreiben lautet:

Deutsche Südpolar-Expedition an Bord „Gauß“ ist nach glücklicher Überwinterung vor neu gefundenem Land unter 66 Grad 2 Breite und 69 Grad 43 östlicher Länge auf dem Wege nach Durban. Alle wohl. Auf hoher See Südjischer Ocean, 12. Mai 1903. von Drngalski.

Die Expedition ist also bis 66 Grad 2 Min. und nicht, wie anderweitig gemeldet wird, nur bis 60 Grad 30 Min. südliche Breite vorgeedrungen. Auf die Ergebnisse der Expedition, die bekanntlich auf Kosten des Deutschen Reiches unternommen wurde und für die seitens des Reiches 1 1/2 Millionen Mark bewilligt worden waren, darf man gespannt sein.

Nach zwanzigjährigem Schlafe gestorben.

Marguerite Hohenval, die Schläferin von Theneles, hat ihr halbes Erwachen nicht lange überlebt. Sie starb endlich am Verfliegen aller Kräfte, und ihr Tod ist eine Erlösung für ihre alte Mutter, die sie in den zwanzig Jahren fast nie allein gelassen hat. Der unerhört lange fäulnisvolle Zustand wird namentlich dem Gmdunde der Mutter zugeschrieben. Als das uneheliche Kind der Kranken bald nach der Geburt gestorben war, fürchtete sie, man werde sie des Kindesmordes anklagen. Sie sah überall die Gendarmen aufpassen, wurde dann plötzlich von dem jähren Schwefel herbeigeführt, und damit begann vor 20 Jahren ihr schmerzlicher Zustand. Ihr letztes Erwachen geschah nicht plötzlich, denn die ersten Anzeichen der Bewegung der Glieder wurden schon vor fünf Monaten bemerkt, als der Arzt sich geneigt sah, ein kleines Gefäß am Arme zu operieren.

Kleine Tageschronik. Die des „S. L.“ erzählt, beschäftigt die Presse heute, nach und nach die gesamte Spezifikation von Friedensverträgen von Eilen und Rheinhausen zu belegen. — Der österreichische Botschafter Baron v. Taubenheim, gegen den wegen Schlichtungsversuches eine Unterbrechung eingeleitet war, erlangte sich im Verhandlungsverfahren. — In Wien sind am 17. Jahre die Kaiserin der in diesem Jahre in einem Kabinetskabinett einen Gesandten an die Spitze der Kommissionen

kommander Bruder, der ihn mit den Wellen kämpfen sah, sprang nach, wurde jedoch von dem andern erfasst und in die Tiefe gezogen. Beide ertranken. — Gewitter mit Hagelschlag und Mutherschlägen heimsuchte die Gegend von Eisa und Katal, Eisa und Katal großen Schaden angerichtet. Saaten sind zerstört. Eine Anzahl Menschen wurden getötet bezw. verletzt. — Der königliche Förster Heller-Bromsdrich wurde in vergangener Zeit von Wildbeeren bei Marburg erschossen. Der Täter ist verhaftet. Der Diamantendieb Cesario, welcher in Kopenhagen einen großen Diamantenschwindel verübt hatte und in Christiania verhaftet worden war, sprang während des Transports von Christiania nach Dänemark vom Dampfer über Bord und ertrank. — In Hanau hat sich als Posten vor der Pulverfabrik stehende Musikier Reich, der 4. Kompanie des Infanterieregiments Nr. 166 mit seinem Revolver erschossen. — Die Tochter seines Regimentskommandeurs morder hat in Kiew der Soldat Krjukow vom Gersonschen Regiment. Das Kriegsgericht in Kiew verurteilte ihn gestern für die zu 16 Jahren Zwangsarbeit. Die Ermordete war 18 Jahre alt. Wie das „Koburger Echo“ berichtet, ist gegen einen pensionierten Offizier v. B. ein Verfahren wegen Vergehens gegen § 175 des S. O. B. eingeleitet worden. Es sollen auch Erpressungsversuche in Sache hineinspielen. — Vom Meere bei Swinemünde an Strand geworfen wurde die Leiche eines älteren Herrn besseren Standes. Wahrscheinlich ist der tote ein Herr F. Brunn aus Eisleben. — Obergeleit Lehmann von der 5. Kompanie des Infanterieregiments Nr. 11 in Posen hat sich in die Weichsel gestürzt und ist ertrunken. Seine Leiche wurde bereits aus dem Strom gefischt. — Einer weiteren Meldung zufolge erstreckte sich die durch heftige Regengüsse verursachte Ueberschwemmungen auch auf die Staaten Missouri und Nebraska. 14 Personen sind umgekommen und gegen 20 000 obdachlos.

Bereins-Kalender.

Anzeigen unter dieser Rubrik kosten pro Zeile 5 Pf., die vorher zu bezahlen sind. **Arbeiter-Gesangverein Duckau.** Mittwoch abend Uebungsstunde in „Thalia“. Dasselbe Aufnahme neuer Mitglieder. — **Magdeb. Radf.-Verein, Abt. „Einigkeit“, Wilhelmstadt.** Jeden Mittwoch Zusammenkunft im „Zuifenpar“. — **Magdeb. Radf.-Verein Magdeburg, Abt. „Stern“, Euburg.** Jeden Donnerstag Saalfahr. u. Zusammenk. i. d. „Zerst. Bierk.“

Briefkasten.

S. F., Burg. 1. Der Lehrer ist verpflichtet, einen Bescheid in der Krankenkasse anzumelden. Das Eintrittsgeld ist der Lehrer berechtigt, vom Lohn abzuziehen. Erhält der Lehrling keinen Lohn, so hat der Lehrer das Eintrittsgeld zu bezahlen. 2. Der Lehrling ist nicht berechtigt, den Lehrling am Sonntag oder einem gesetzlichen Feiertag zu beschäftigen. Das ist strafbar! Noch weniger ist der Lehrling berechtigt, im Weigerungsfalle vom Lohn etwas abzuziehen. Eine Ausnahme bilden die für die Beschäftigung am Sonntag in bestimmten Branchen (z. B. im Barbiergewerbe) ausdrücklich freigegebenen Stunden. Weigert sich der Lehrling an diesen zu arbeiten, kann ihm dementsprechend auch der Lohn gekürzt werden. — **D. M., Magdeburg.** Wenn keine Vereinbarung getroffen und die Miete vierteljährlich bezahlt wird, ist der Mieter berechtigt an den ersten drei Werktagen des Monats Juli zum 1. Oktober kündigen, ohne dem Wirt einen andern Mieter zu besorgen. — **A., Halberstadt.** Landgerichtsbericht nicht eingegangen. — **F. S., Schönebeck.** Leider hat nach § 44 der Gefinde-Ordnung ein zum 1. Juni gekündigtes Dienstmädchen die Pflicht, bis zum 2. Juni in ihrer Stellung zu bleiben, wenn der 1. Juni auf den zweiten Pfingsttag fällt. — **B., Eisleben.** In Magdeburg existiert ein derartig erstreckender Verein. Hier sind nur Mitglieder des sich über ganz Deutschland aus Eubendorf 10 Mark. —

Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null.

		Gibe.			
Barndubitz	31. Mai	- 0.03	1. Mai	- 0.10	0.07
Brandeis		+ 0.04		0.00	0.04
Melmit		- 0.45		- 0.55	0.10
Leitmeritz		- 0.43		- 0.50	0.07
Auhlig	1. Juni	- 0.26	2.	- 0.29	0.03
Dresden		- 1.51		- 1.57	0.06
Torgau		+ 0.44		+ 0.35	0.09
Wittenberg		-		+ 1.20	-
Koblan		+ 0.66		+ 0.61	0.04
Barby		+ 1.00		+ 0.90	0.10
Schönebeck		+ 0.70		+ 0.62	0.03
Magdeburg	2.	+ 0.97	3.	+ 0.91	0.03
Tangermünde	1.	+ 1.62	2.	+ 1.58	0.04
Wittenberge		+ 1.35		+ 1.27	0.08
Dömitz, Pegel		+ 0.04		+ 0.39	0.05
Lauenburg		+ 1.00		+ 0.95	0.05
Instrut und Saale.					
Straußfurt	1. Juni	+ 1.05	2. Juni	+ 1.05	-
Trotha		+ 1.56		+ 1.54	0.02
Eisleben		+ 1.30		+ 1.35	-
Bernburg		+ 0.95		+ 0.95	0.00
Calbe, Oberpegel		+ 1.54		+ 1.48	0.05
do. Unterpegel		+ 0.52		+ 0.40	0.04

Achtung!

Achtung!

Rote Wahlen 1903

Es ist im Abenddruck herausgegebene reich illustrierte Wahlzeitung. Es sind die Namen der Genossen **Bebel** an die Spitze, für den Kampf aufrecht für die Sache des Proletariats. „An den einen, auf den es nicht ankommt“, werden sich **F. Stammer**, und **F. Block** bekämpfen in einer gemeinsamen Weise wie die verschiedenen „Arbeiterfreunde“ um die Stimmen der Arbeiter hupfen. Auch die Illustrationen sollen die Genossen in Wahlkreise unterstützen. **Der Schranz** zeigt, wie die Sozialdemokratie die Brotwucherer aus dem Reichstage setzt, während „**Am Branger**“ die Arbeiter an die Arnen des Reichstages in den letzten 5 Jahren erinnert. Auch der „**richtige Mann aus der Werkstatt**“ hat seinen Platz gefunden. Unser Bild zeigt, wie er sich jenen Wählern empfiehlt. So hoffen wir, daß „**Rote Wahlen**“ die Arbeit unserer Genossen erleichtern und fördern.

Preis pro Nummer 10 Pf.

Wir bitten unsere Leser, von ihren Kolportierern und Ansträgerinnen diese wichtige Wahlzeitung sofort zu verlangen. Wo dieselbe nicht zu haben ist, sind wir bereit, gegen Entsendung von 15 Pf. dieselbe franco per Kreuzband zu liefern.

Mit Parteigruß!

Buchhandlung Volksstimme
Magdeburg, Jakobstraße 49.

Bestimmung möglich wird. Wenn wir uns recht erinnern, hat man dies schon einmal so eingerichtet. —

*** Post und Reichstagswahl.** Nach einer Verfügung des Reichspostamts werden von den Wahlkommissionen die Wahlresultate dem Reichsamt des Innern uvm. telegraphisch gemeldet werden. Sämtliche Telegraphenanstalten, welche bei der Beförderung von Wahltelegrammen beteiligt sind, müssen sowohl am Tage der Wahlen als auch am Tage der Ermittlung des endgültigen Wahlergebnisses bis 10 Uhr abends, erforderlichenfalls länger bis zur erfolgten Abtelegraphierung der Wahltelegramme, in Dienst bleiben. —

*** Besondere „Konzeption“ für Versammlungssäle.** Ueber den Landrat des Kreises Wigenhausen hat das freisinnige Wahlkomitee — wie die „Freis. Ztg.“ mitteilt — bei dem Minister des Innern telegraphisch Beschwerde geführt. In Wigenhausen ist ein neuer Saal gebaut worden und schon vor ca. 4 Wochen hauptpolizeilich abgenommen. Es haben auch schon Tanzveranstaltungen in diesem Saale stattgefunden. Der Wirt wollte den Freisinnigen auch den Saal für die Versammlung geben. Der Landrat aber hat dem Wirt durch den Gendarm sagen lassen, für Versammlungen mülste er erst besondere Konzession haben und dürften dort Wählerversammlungen nicht stattfinden. In dem noch vorhandenen Sommermännchen Saale dürfen ebenfalls Wahlversammlungen nicht stattfinden. — Im übrigen ist der Landrat hoffentlich gesund. —

*** Herr Dr. Schneider aus Dresden.** vielen unserer Genossen als nationalsozialer Debatteredner und Redner bekannt, wird sich, wie die „Deutsche Wacht“ aus zuverlässiger Quelle erfahren haben will, vom Nationalsozialen Verein zurückziehen. Herr Dr. Schneider war es, der erklärt hatte, er würde im Falle der Stichwahl empfehlen, daß die Nationalsozialen für den Sozialdemokraten stimmen. Wird in der nationalsozialen Partei etwa ferner geduldet, der einen Sozialdemokraten einem Schanzmacher und Brotwucherer vorzieht? —

*** Nationalliberale Geldzerpressung zu Gunsten Plades.** Da durch die vielen Unfälle und „hohe Löhne“ zahlende bekannte Eisenhüttenwerk Thale (Alt.-Gej.) zeichnet sich auch in diesem Wahlkampf wiederum durch eine seltsame politische Tätigkeit aus, indem es für Herrn Plade und seine Partei in folgender Weise Reflektante macht: Im Emailierwerk werden mit der Unterschrift des Betriebschefs, Herrn Kohler, einige der beliebtesten Arbeiter und sogar ein Meister bei den Arbeitern herumgeschickt mit Bitten, wonach die Arbeiter erstens ihren Beitritt in den nationalliberalen Wahlverein erklären, zweitens Geld zur Unterstützung dieser arbeiterverräterischen Partei im Wahlkampf zahlen müssen. Es erklärten auch tatsächlich ihren Beitritt und zeichneten Beträge: 9 Auftrager und Vorarbeiter (beschäftigt bei Meister Unger); 29 Ofenarbeiter von Schicht I (Meister Böhnstedt); 80 Ofenarbeiter von Schicht II (Meister Gräzemann).

Im Emailierwerk sollen die meisten unterzeichnet haben, da hier der Meister Werner selbst eingesammelt hat. Es würden demnach ungefähr 150 gezeichnet haben.

Wenn man sich in die Lage dieser Unterdrückten hineinsetzt, so ist es begreiflich, daß sich so viel nationalliberale Mitglieder gefunden haben, die entgegen ihrer Ueberzeugung diesen Schritt getan. Vielleicht wird man mit diesen Unterschriften einen Wahlausruf erlassen zur Vernichtung der Sozialdemokratie! —

Besser wäre es freilich, die Verwaltung kümmerte sich etwas mehr um die Betriebssicherheit und um den Schutz von Leben und Gesundheit ihrer Arbeiter. Wie in letzter Zeit so häufig, hat auch an demselben Tage als man diese Unterschriften sammelte, der Arbeiter Kaszmarek einen so schweren Unfall erlitten, daß er fast tot war. Ein Aufbaum ist ihm vom Dache auf den Kopf geslogen und hat ihm den Schädel fast zertrümmert.

Nicht allein daß die Arbeiter ausgebeutet und geknechtet werden, auch ihre politische Meinung will der Kapitalismus ihnen rauben. Erfreulicherweise werden die Arbeiter trotz ihrer Zwangsmitgliedschaft beim Wahlverein der Plade und Konforten am 16. Juni nicht zu Verrätern an ihren Interessen werden!

Obendrein hat das Werk resp. seine Beamtenchaft dem Herrn Major a. D. einen sehr schlechten Dienst erwiesen, denn wenn wirklich — woran zwar nicht zu denken! — Herr Plade gewählt werden sollte, muß die Wahlsprüfungskommission des Reichstages das Mandat unverzüglich kassieren.

Es scheint fast, als ob man mit erlaubten Mitteln den Sieg Plades nicht zu erringen sich getraut! —

*** Eine Versammlung, die nur eine Stunde dauern durfte.** (1) fand am Montag abend auf einem Hofe in Biederitz (Wahlkreis Jerichow) statt. Dem Einberufer war nämlich gleich in dem Genehmigungsschreiben mitgeteilt, daß die Versammlung zwar gestattet sei, jedoch nur von 8 bis 9 Uhr dauern dürfe! Da es die erste Versammlung in diesem Orte war, fügten sich die Genossen, um nicht die Versammlung zu gefährden. Zweifelloshat niemand in Deutschland ein Recht, vor einmal erlaubten Versammlung die Dauer der Tagung vorzuschreiben!

Nach noch anderer Richtung hin war die Versammlung interessant. Kurz vor Beginn verlangte unzulässig der überwachende Gendarm die Entfernung der allerdings für zahlreich anwesenden Frauen und Lehrlinge! Als jedoch der Kaiserliche Genosse Ueber-Magdeburg, dem Herrn die zwei reaktionären, in diesem Falle jedoch liberaleren Beamten, des preussischen Vermögensgesetzes ausanandersetzte, als er, da der Beamte auf seinem Verlangen bestehen blieb, erklärte, sich sofort telegraphisch beschweren zu wollen, gab der Herr klein her und erklärte nur noch zaghaft: „Ach, was

sollen wir denn mit die Frauen hier! Daraufhin blieben die Frauen und Lehrlinge da — zur lebhaftesten Freude der Versammelten. —

Zu den Wahlen!

Stellt große Herrn nicht und Barone Für's Recht des Volkes auf die Wacht, Sonst werdet Ihr bald nach den Wahlen Für Eure Einfalt ausgelacht.

Wählt nicht den schnurzelnden Prälaten, Der Hühner und Kästchen speist; Und wenn das Brot im Schrank Euch mangelt Euch salbungsvoll auf's Jenwärts weist,

Wählt nicht den Mann, der ohne Mühe Des Geldschranks Fächer sich gefüllt, Und der in arbeitslosen Zeiten Des Hungers Schmerzen Euch nicht stillt.

Wählt nicht den Mann, der von der Gnade Der hohen Würdenträger zehrt, Und dem ein Blick des Vorgesetzten Die Sprache freien Denkens wehrt.

Wählt einen Mann aus Eurer Mitte, Der mit Euch fühlt und mit Euch denkt; Des Dasein nicht an einem Amte, Des Herzes an keinem Orden hängt! (Ferdinand Seigl. „In Herz und Welt.“)

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 3. Juni 1903.

— Ueberraschungen? Naiv wie immer und ohne von des Gedankens Blässe angekränfelt zu sein, schreibt Herr Tschauer:

„Die Sozialdemokraten scheinen sich ihrerseits... vor Ueberraschungen schützen zu wollen, denn nur so ist es erklärlich, daß der sich ganz offen zu ihnen bekennende und auch in den unteren bürgerlichen Kreisen gewisser Beliebtheit sich erfreuende Genosse Rechtsanwalt Landsberg in einer von 1600 Personen besuchten Volksversammlung im „Luisenpark“ für die Kandidatur Pfannkuch eintrat.“

Die Ueberraschungen werden am 16. Juni ganz auf Seiten der Tschauerleute sein! —

— Sehr richtig! Das hier erscheinende Antisemitinnenblatt meint, über der Agitation der Nationalliberalen „waltet“ ein „Unglücksstern“: „Ihre vertraulichen Versammlungen werden regelmäßig den Notizen verraten und auch von diesen im Geheimen trotz strenger Kontrolle bejodet, so daß die „Volksstimme“ genau darüber berichten kann. Ebenso gelangen die vertraulichen Rundschreiben pünktlich in der „Volksstimme“ zum Abdruck. Mit bitterem Spottet fallen die freisinnigen Richterlicher Couleur über ihren eigenen Führer Raßbach her, weil dieser hier die Konserativen und Nationalliberalen unterstützt, obwohl dieselben Parteien ihn in seinem Wahlkreise Wühlhauen-Edertalberga bekämpfen. Das Unmögliche wird bei dieser Wahl eben zur Wirklichkeit.“

— Stadtverordnetenitzung. Nächsten Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, findet die 13. Sitzung der Stadtverordneten statt. Die Tagesordnung für den öffentlichen Teil umfaßt 45 Beratungsgegenstände. —

— Die Sozialdemokratie für Unteroffiziere und Mannschaften. Unjre Veröffentlichungen über den ungeheuer anstrengenden Dienst der Unteroffiziere und Mannschaften in der hiesigen Train-Kaserne haben, wie zu erwarten war, in den maßgebenden Militärkreisen nicht geringes Aufsehen erregt. Wie wir hören, hat der Kommandeur von dem langen Dienst der Leute erst durch die „Volksstimme“ Kenntnis erhalten. Ihm ist also, wie wir von vornherein betonten, kein Vorwurf zu machen. Der Herr Bataillons-Kommandeur hat, wie wir weiter hören, erfreulicherweise sofort nach unsrer Veröffentlichung das Erforderliche verfügt. Vor allen Dingen ist den Mannschaften und Unteroffizieren jetzt mittags eine Stunde Zeit zur Erholung, zum Ausruhen und zum Essen gegeben worden. Auch die Tatsache, daß gestern die drei Kompanieführer Behnauer, Wiendl und Mittelstädt zum Kommandeur befohlen wurden, wird mit unsrer Notiz in Verbindung gebracht. Es freut uns, Konstatieren zu können, daß wir Antimilitaristen einmal Gelegenheit hatten, die Interessen der Kasernen-Jünglinge wirksam zu vertreten. —

— Freigesprochen von der Anklage der Beleidigung wurde vom Landgericht Halle der Kaufmann Christian

Haas aus Magdeburg, der vom Schöffengericht Ermsleben wegen Beleidigung des dortigen Magistrats zu 30 Mark Geldstrafe event. 6 Tagen Gefängnis verurteilt worden war, wogegen er Berufung eingelegt hatte. Der Angeklagte hatte in Ermsleben eine Zuckerfabrik gekauft und befand sich in dem Glauben, er werde vom dortigen Magistrat ungerecht fertigt zur Steuer herangezogen. In diesem Glauben sandte er dem Magistrat ein Schreiben, in dem u. a. gesagt wurde: „Ihre Maßnahmen, mich unter allen möglichen Vorwänden zur Steuer heranzuziehen, fangen an späßig zu werden uhm.“ Die Freisprechung des Angeklagten wurde damit begründet, daß der Angeklagte nach den Vorgängen in der Steuerangelegenheit annehmen konnte, er werde zu einer unzulässig hohen Steuer herangezogen. Er und für sich sei der dem Magistrat gemachte Vorwurf, insbesondere, er handle späßig, beleidigend. Der Angeklagte hat aber berechnete Interessen wahrgenommen, indem er auch schrieb, die Abschätzung der Gebäude möge von Sachverständigen vorgenommen werden, da der Magistrat an und für sich von der Sache nichts verstehe. Der Ausdruck späßig sei wohl beleidigend, aber auf den im Aerger erfolgten Ausdruck allein komme es nicht an. Der Angeklagte muß die Absicht der Beleidigung gehabt haben. Da ihm aber diese nicht nachgewiesen werden konnte, war die Freisprechung geboten.

— Eine Tataren-Nachricht. Das „Tageblatt“ für Staßfurt schreibt: Nach uns gemordenen Mitteilungen soll gestern nachmittag der Dampfer „Schnackenburg“ auf der Fahrt Schönebeck-Magdeburg wegen Ueberfüllung auf der Elbe gesunken sein. Mehrere Personen wären ertrunken. Wir bringen das Gerücht zur Kenntnis unsrer Leser, doch übernehmen wir für deren Richtigkeit keine Verantwortung. — Natürlich ist die Meldung erfunden. —

Letzte Nachrichten.

(„Herold“, Depeschen-Bureau.)

Drehfus gegen Jurinden.

Die Pariser Blätter veröffentlichen den Wortlaut des Briefes, den Alfred Drehfus an den früheren Kriegsminister General Jurinden gerichtet und den der „Gaulois“ zu veröffentlichen sich geweigert hatte. Drehfus verlangt in dem Briefe, man möge ihm die Beweise mitteilen, auf Grund deren er verurteilt worden sei und dauert zum Schluß, daß General Jurinden nicht den Mut besäße, öffentlich die ihm bekannte Wahrheit zu sagen. —

Saloniki, 3. Juni. Da hier vollständige Ruhe herrscht, dürfen alle öffentlichen Lokale bis 10 Uhr geöffnet bleiben. Der Bevölkerung wurde auch die Erlaubnis erteilt, sich bis zu dieser Stunde frei in den Straßen zu bewegen. — Die arnautischen Stämme von Soti und Gaudi überfielen das türkische Blodhaus Ajenama in der Nähe der montenegrinischen Grenze und setzten es in Brand. Sodann nahmen sie einen türkischen Proviant-Convoi weg, dessen Begleitung sie niedermachten. —

Triest, 3. Juni. In allen Straßeneden im Mittelpunkte der Stadt waren gestern abend Aufrufe revolutionären Inhalts angeklebt, welche die Unterschrift trugen „Italia irredenta“ Die Plakate wurden von der Polizei entfernt. —

Wien, 3. Juni. Nach Blättermeldungen aus Semlin zielt hier dort das höchst ungläubwürdige Gerücht, daß die Königin Draga an einer Speise, welche der kaiserliche Leibsch Koch des Königs Alexander zubereitet hatte, unter Vergiftungserscheinungen erkrankt sei. Der Leibsch habe sich sodann im Schloß erschossen. —

Frankfurt a. M., 3. Juni. Nach einer Meldung der „Freis. Ztg.“ aus Brüssel begann der internationale Bergarbeiter-Kongress gestern die Diskussion über das Lohnminimum. —

Frankfurt a. M., 3. Juni. Die „Freis. Ztg.“ meldet aus Würzburg: Gestern abend ging zwischen Leitoldshausen und Bingenheim ein Wolkenbruch nieder. Der Bahndamm ist unterbrochen und der Verkehr war eine Stunde unterbrochen. —

Bregenz, 3. Juni. Die Leichen des lange vermißten Siebespaars Helene Schäler aus München und des Straßburger Studenten Hans Pagel wurden in einer schwer zugänglichen Felschluch nebeneinander aufgefunden. Der Doppelselfbstmord ist durch Abturrung erfolgt. Die Identität des Paares ist bereits festgestellt. —

Kiel, 3. Juni. (Eig. Draht.) Der Matrose Messerschmidt vom Schulschiff „Stein“ wurde heute vom Kriegsgericht wegen Körperverletzung des Fähnrichs S. v. Abel, begangen angeblich vermisst, hunderttägigen Ueberfalls, zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. —

Paris, 3. Juni. (Eig. Draht.) Die Blätter verzeichnen das Gerücht, wonach die englische Regierung die französische Regierung in Kenntnis gesetzt, daß sie nichts dagegen einzuwenden habe, daß Frankreich das Gebiet von Sigis im Hinterlande Algeriens annektiere. Andererseits verlautet, Frankreich werde die Wirren dazu benutzen, um den Sultan von Marokko zu bewegen, das Protektorat Frankreichs über Algerien zu akzeptieren. —

Volks-Versammlung

am Donnerstag den 4. Juni
abends 8 Uhr

im „Thalia-Saal“, Buckau
Dorotheenstrasse 14

Reichstagsabgeord. Wilhelm Klees

spricht über:

Die kommenden Reichstagswahlen und die Mittelstandsretterei der bürgerlichen Parteien.

Frauen haben Zutritt!

Gegner haben Redefreiheit!

Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein

Das Wahlkomitee der Sozialdemokraten Magdeburgs.

Schönebeck.
Gewerkschafts-Kartell-Sitzung
Freitag abend 8 1/2 Uhr.

Halberstadt.
Frauen- und Mädchen-Bildungs-Verein.
Donnerstag den 4. Juni 1903, abends 8 Uhr
bei Mag. Söllmann, Sauerstraße 63

Versammlung
Vortrag. Referent: Genosse Dr. Grohn.
Unsre Mitglieder werden dafür sorgen, daß die Versammlung recht zahlreich besucht wird.
Der Vorstand.

Städtische Arbeitsnachweissstelle
Magdeburg
Fernsprechanschluß: Rathaus Nr. 2150-2155.
Geöffnet:
Männliche Abteilung: 8-12 Uhr vorm. und 3-6 Uhr nachm.
Weibliche - - - - - 10-1 - - - - -
Männliche Abteilung: Spätklosterberg 13, Hof rechts.
Weibliche Abteilung: Bei der Hauptwache Nr. 5.

